

# Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

**Bezugspreis** halbjährlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erhalten werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verleger: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, O. m. b. H. Vertriebsort: für Soltau u. Westpfalz i. V. B. Kindermann, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Helmke u. Jüterbog Karl Zreff, sämtl. in Halberstadt.

**Anzeigenpreis** die achtspaltige Kolonietzelle oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Meldezeitung 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgebend ist der bei Zahlung vorliegende Betrag. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht kommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313). Postfachkonto Wernigerode 4526 und Volksbuchhandlung Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 178

Montag, den 3. August 1931

6. Jahrgang

## Neue Hilfsaktion der Reichsregierung:

# Banken-Stützung.

### Wo bleibt die staatliche Kontrolle der Banken?

#### 300 Millionen für die Dresdener Bank.

Amlich wird mitgeteilt:  
Um jeden Zweifel zu beheben, daß die Dresdener Bank in der Lage ist, auch nach Wiederaufnahme des vollen Zahlungsvorrechtes ihre Funktionen zu erfüllen und ihren Einlegern die höchste bankmäßige Sicherheit zu bieten, beteiligt sich die Reichsregierung an der Dresdener Bank mit einem vorläufigen Kapital von 300 Millionen Mark. Das Reich übernimmt zu diesem Zweck 300 Millionen Mark Vorzugsaktien, die mit einer kumulativen Vorzugsdividende von 7 vom Hundert ausgestattet sind. Da die Zustimmung des Aufsichtsrates zu der Schaffung der Vorzugsaktien am Sonntag erfolgt ist, und die Mehrheit für die Durchführung der Beschlüsse durch die Generalversammlung gefordert ist, stellt das Reich die für den Bezug der Vorzugsaktien erforderlichen Mittel der Dresdener Bank schon jetzt zur Verfügung.

Die Vorstandsmitglieder der Dresdener Bank haben ein Hindernis beseitigt, das die weitere Geschäftstätigkeit der Bank gefährdet hätte, dem neuen Großaktionär die Berechtigungen erteilt, ihre Ämter zur Verfügung zu stellen. Das Reich hat sich seine Entscheidung hierzu vorbehalten.

Die 300 Millionen Mark, die das Reich der Dresdener Bank gegen Überlieferung von Vorzugsaktien zur Verfügung stellen wird, will die Reichsregierung durch Herausgabe von Reichsschatzgegenständen aufbringen. Abgesehen davon, daß hier mit kurzfristigen Geld auf lange Sicht gearbeitet wird, sind es wieder einmal gemaltene Summen öffentlicher Gelder, die aufgebracht werden, um ein privates Unternehmen zu retten. Die Konturschuld für den Monat Juli weist nicht weniger als 1013 Kontur auf. Sicherlich sind unter den zusammengebrochenen Unternehmen auch solche, die man als Opfer der gegenwärtigen Krise anpreisen muß. Hunderte von Existenzen werden vernichtet. Das gilt für Unternehmer, Arbeiter und Angestellte zugleich. In 1013 Fällen hat der Staat seinen Finger gerührt.

Man muß sich darüber klar sein, daß auch die Hilfe des Reichs eine Grenze hat. Die finanziellen Möglichkeiten der letzten Tage, die die finanziellen Kräfte des Reiches außerordentlich anspannen und Schulden auf Schulden häufen, können selbstverständlich nicht ins Unendliche getrieben werden. Man wird sich bald zu überlegen haben, wie weit das Reich mit gutem Gewissen noch gehen kann. Gewiss, man kann für die Rettungssaktionen, wie z. B. bei der Dresdener Bank anführen, daß es Pflicht des Staates ist, das Wirtschaftsleben vor Erschütterungen zu bewahren, wie sie der Zusammenbruch bedrohlich drohender Kreditinstitute auslöst. Wenn aber der Staat schon eingreifen muß, dann sollte es wenigstens ganz selbstverständlich sein, daß dabei nur volkswirtschaftliche Interessen ausschlaggebend sein können. Nur die Verwendung volkswirtschaftlicher Katastrophen rechtfertigt eine Verwendung öffentlicher Gelder und es ist selbstverständlich, daß die Gründe, die die Regierung in den letzten Tagen zum Einschreiten bewegen haben, der parlamentarischen Kontrolle unterworfen werden müssen. Nur durch die objektive Kontrolle des Parlaments kann Mißbrauch vermieden werden.

Aber damit nicht genug. Der Privatkapitalismus, der

jahrhundertlang gegen diesen Staat getobt hat und ihm Verschwendung vorwarf, während sich die Dinge in der privaten Wirtschaftsführung zur unabwendbaren Katastrophe entwickelten, muß sich darüber klar sein, daß mit der Hilfsaktion des Reiches ganz bestimmte Verpflichtungen verbunden sind. In der Privatwirtschaft ist es in jedem Fall üblich, daß der Schuldgeber über die Verwendung seines Geldes eine Kontrolle verlangt und auch erhält. Dieser gleiche Grundgedanke muß auch im Verhältnis zwischen Staat und Banken gelten. Der Staat muß ein ins Einzelne gehendes Kontrollrecht erhalten und der Staat muß den Willen haben, diese Kontrolle nicht schuldig und brutal auszuüben. Öffentliche Gelder erfordern die gleiche Obhut und Pflege wie Privatgelder. In Bankstreitigkeiten man darüber allerdings etwas anderer Ansicht. So hatten sich die Herren Großbankiers diese Hilfe des Reiches für die Danat- und die Dresdener Bank ursprünglich so vorgestellt, daß das Reich diesen Banken langfristige Darlehen gewähren sollte. Die Sache wäre wahrscheinlich auch so gekommen und man hätte ein langfristiges Darlehen nach dem anderen vernichtet, wenn nicht die von der Reichsregierung beabsichtigten und zur Zeit mit der Prüfung der deutschen Finanzlage beschäftigten ausländischen Sachverständigen entschieden von der Gewährung langfristiger Kredite an die illiquiden Banken abgeraten und für eine Einflußnahme des Reiches auf diese Banken plädiert hätten. Die Folge war, daß die Beteiligung des Reiches bei der Dresdener Bank durch die Schaffung von Vorzugsaktien beschlossen worden ist.

Diese Maßnahme ist keineswegs als Ideallösung zu betrachten. Umformere fordern mir, daß das Reich, das künftig drei Viertel des Kapitals der Dresdener Bank repräsentiert, während die Aktionäre nur noch ein Viertel vertreten, die ihm unter dem Zwang der Verhältnisse eingekauften Position schuldlos ausnützt. Inzwischen haben Vorstand und Verwaltungsrat der Dresdener Bank der Reichsregierung ihre Ämter zur Verfügung gestellt. Aber noch haben sich Herr Behring und das Kabinett nicht entschließen können, diesen Rücktritt zu bekräftigen. Wie die Danatbank seinerzeit illiquide wurde und das Reich einzwang, haben auch Herr Goldschmidt und seine Aktionäre ihre Ämter zur Verfügung gestellt. Aber Goldschmidt und sein Aufsichtsrat sitzen immer noch da, wo sie bisher gesessen haben. Man ist immer noch mit der Illusion behaftet, daß auf die „alte Leitung“ nicht verzichtet werden kann. Aber man kann ihnen verzichten, wenn man will und deshalb fordern wir, daß in Unternehmensmüssen wie die Dresdener Bank, die heute dem Reich gehören, ausschließlich Mitglieder des Reiches gesetzt werden und die Verantwortung für Reichsgelder nicht länger solchen Leuten überlassen wird, die schließlich nur von der Sorge getragen sind, aus der Krise möglichst viel zu retten. Der Dumme dabei kann nur das Reich, können nur die Steuerzahler sein.

Als die Reichsfinanzminister der Republik in den letzten Jahren des öfteren gezwungen waren, an die Banken heranzutreten und sie um Kredite zu erlöhen, hat man das Reich alles andere als mit Glanzgeschichten angefüllt. Wie wir schon nicht, daß die Reichsregierung Vergeltungspolitik treibt. Aber wenn sie morgen die Position, die nach der ganzen Entwicklung durch die Reichsleistungen beizugehenden Banken nur einmal gegeben ist, in gebührender Form ausnützt, dann geschieht das im Interesse des Reiches und seiner Steuerzahler. Die Situation ist die, daß es jetzt gilt, den Fiskus vor einigen Aktionären zu schützen und das geschieht, indem das Reich nicht nur die Verantwortung für diese Aktionäre, sondern auch ihre bisherige Rolle übernimmt.

## Die Stillhalterverhandlungen.

Regelung der Devisenwirtschaft.

Berlin, 2. August. (Eig. Ber.) Amlich wird mitgeteilt: An den Stillhalterverhandlungen über kurzfristige Auslandsverschuldung, die zur Zeit zwischen ausländischen Gläubigern und deutschen Schuldneren stehen, ist der bestimmte Wunsch getreten, daß keinesfalls die außerhalb der Verhandlungsgruppen stehenden ausländischen Gläubiger besser gestellt sein dürfen als die Gruppen, die grundsätzlich bereit sind, sich freiwilligen Beschränkungen zu unterwerfen. Diese Erwägungen und die Notwendigkeit, eine parame Devisenwirtschaft in Deutschland durchzuführen, haben angesichts der bevorstehenden Gründung der Banken dazu geführt, daß das Reich eine allgemeine Devisen-Regelung getroffen hat. Innerhalb der Verordnung sind nicht nur die selbständigen Stillhalte-Abkommen gefordert, sondern es ist selbstverständlich die Begabung der Zinsen und Tilgungsquoten zum fälligen Zeitpunkt unterworfen.

## Deutsche und französische Bankiers verhandeln.

Paris, 1. August. (Eig. Draht.) In den letzten Tagen haben in Paris wiederholt Besprechungen zwischen französischen und

deutschen Bankiers stattgefunden. Die Verhandlungen bezogen sich auf die Bildung eines französischen Stillhalterkonferenzen. Die bisherigen Besprechungen hatten die Einsetzung einer Kommission zur Folge, die aus drei französischen Bankiers, darunter einem Vertreter der Dresdener Bank für den Außenstand, besteht. Die nächste Sitzung der deutschen Bankiers mit den Vertretern der französischen Banken wird am Donnerstag stattfinden. Dieser verhältnismäßig späte Termin wurde gewählt, weil der Präsident der Bank von sich zur Zeit in Basel befindet, wo er mit dem Reichspräsidenten Dr. Zuleger eine eingehende Besprechung über die Finanzlage Deutschlands haben wird.

## Volksbegehrenprelle in Anhalt.

Die Wähler verlangen der Rechten die Gefolgschaft.

Desau, 3. August. (Eig.) Das von den Rechtsparteien in Anhalt eingeleitete Volksbegehren ist gescheitert. Statt der erforderlichen 77 000 Einzeichnungen wurden nur 72 000 erreicht. Gemessen an dem Wahlergebnis der Reichstagswahlen haben rund 25 000 Wähler der Rechtsparteien dem Volksbegehren ihre Gefolgschaft versagt. Die Niederlage ist um so bemerkenswerter, als die Rechte nichts unversucht gelassen hat, um die verbotene sozialdemokratisch-demokratische Regierung zu befechtigen.

## Amerika und Europa.

(Von unserem Washingtoner Korrespondenten.)

Washington, Ende Juli. (Eig. Ber.)

Nicht nur Europa, auch Amerika beginnt seinen Präsidenten in einem neuen Lichte zu sehen. Die außenpolitische Richtung, die Hoover mit seinem Moratorium eingeschlagen hatte, ist unter dem Zwang der Verhältnisse beibehalten worden und da gelangt, nämlich bei dem Ende der amerikanischen Isolationspolitik. Lieber die Warnungssignale der bestimmten Politiker, die bestimmte Methoden der Entsendung inoffizieller Konferenzbesucher hinweg hat sich der Präsident vor offenen Beteiligung Amerikas an den Problemen Europas bekannt und diesen neuen Geiste durch die Delegation seiner führenden Kabinettsmitglieder zu den europäischen Konferenzen Ausdruck gegeben. Niemand felt den Tagen von Versailles hat Amerika eine solche brisante Wende von einer schmerzhaften Politik gegeben.

Es fehlt insbesondere auch nicht an Warnungssignalen, die zeigen, daß der Präsident sein früheres Vorgehen bisher zu begehren haben wird. Kropfgeschrei werden laut, die ihm scharfe Abrechnung bei den in nächsten Jahr stattfindenden Präsidentenwahlen antizipieren. Der nicht unberechtigte Vorwurf wird erhoben, warum in einer Zeit, in der sich die Bundesregierung so energisch für das Wohl und Wehe überseeischer Länder einsetzt, gar nichts im eigenen Lande getan wird. Millionen von Arbeitlosen und Kurzarbeitern stehen im Hintergrunde und fragen sich erbittert, was Veranlassung zum Bundesstreich zur Bekämpfung der eigenen Wirtschaftskrisis und zur Abstellung der steigenden Not zu tun geben. Welcher Art unter diesen Umständen das Resultat der Präsidentenmaßnahmen sein wird, läßt man wenn die Dinge in kommenden Herbst und Winter schlechter werden, ist nicht abzusehen.

Wie dem auch sei, das sind Dinge, mit denen sich Washington innerpolitisch auseinandersetzen muß. Außenpolitisch hat die irreführende Isolierung Amerikas von der übrigen Welt mit einem lauten Strich geendet, man auch alle offiziellen Vorbehalte und Begrenzungen nichts zu ändern vermögen. Man mag mit kaltem Sinnenstand ausfinden, warum das Interesse Amerikas auf fremde wirtschaftliche Fragen beschränkt bleibt und politische Bindungen auf keinen Fall eingegangen werden dürfen. Aber das sind schließlich künftige Schranken, an die hierzulande niemand mehr recht glaubt. Reparations- und interalliierte Schuldprobleme sind in erster Linie Wirtschaftspragen, aber diese Fragen sind dem mit politischen Komplexen verflochten, daß wohl kein Mensch folgen kann, wo die einen anfangen und die anderen aufhören.

Was sollen die Amerikaner bei den späteren Konferenzen tun, wenn neben wirtschaftlichen auch politisch-europäische Probleme erörtert werden? Sich Wette in die Karten spielen aber aus dem Konferenzsaal gehen, wenn Dinge aufkommen, die nicht in Dollar, Pfunden, Francs oder in Handelsbilanz ausgedrückt werden können? Schon diese groteske Gegenüberstellung zeigt, wie unglücklich und ohne Zusammenhang mit der Wirklichkeit auch die letzte offizielle Position Amerikas ist. Aber neben diesen Schönheitsflecken kommt es Amerika vornehmlich darauf an, daß das Hoover-Moratoriumsfrist die Restakte schafft, für die es ursprünglich nie haben getrieben werden mochte. In nachfolgenden Worten ausgedrückt, heißt das die Entspannung der von Reparationsfragen getriebenen Welt und die Befreiung künftiger Faktoren, die der Wiederherstellung der Weltwirtschaft im Wege stehen.

Wenn zukünftige Generationen auf das erste Jahrzehnt nach dem Austritte zurückblicken werden, wird die amerikanische Haltung, Reparations- und interalliierte Schuldprobleme ja nicht in einem Atemzuge zu erwähnen, einer Hauptanlaß zu bedeutendsten Kopfschütteln geben. Wohl nirgends wird der amerikanische Optimismus und Fröhlichkeit so deutlich sichtbar als in dem Vergleiche der offiziellen Anteilnahme mit den offiziellen Verhandlungen vor wenigen Wochen. Sprach man zu Amerikanern von der Schwächen der Welt, so konnte man bis vor kurzem die dreifache Antwort hören: Laßt Europa in seinem eigenen Schicksal verharren. Und das war noch lange nach der sogenannten goldenen Prosperitätszeit, als Amerika glaubte, es könne auf diesem Wege fliehen und die übrige Welt der eigenen Weite überlassen.

Es ist, nachdem die selbstverwundliche Wahnwitz aufgegangen ist, daß ein Europa stehendes Europa eine Katastrophe für Amerika ist, ist alles anders geworden. Hoover geißelt das Verbrechen, diese Folgerungen gezogen und sie unterteilt von Parteipolitikern und Parteipolitik in die Praxis umgesetzt zu haben. Er hat den Mut gehabt, kaum ein Jahr vor den Präsidentenwahlen die seit der historischen Niederlage Wilsons maßgebende Richtung der amerikanischen Außenpolitik grundlegend zu ändern. Dabei kann es gleichgültig sein, wie weit dabei der Druck der verängstigten amerikanischen Hofdamen und wirtschaftlichen Ermüngen mitgespielt haben. Was ist es immer zu sagen, ob der neue außenpolitische Kurs von Erfolg gekrönt sein wird oder ob er nicht Hoover innerpolitisch ruinieren werden mag. Aber schließlich haben nach zwei Jahren schwerer Wirtschaftskrise die innerpolitischen Ätzen des Präsidenten nicht so, daß er noch viel zu verlieren hat.

Vielleicht das überraschendste Moment ist, daß Amerika sich ohne weiteres mit dieser grundlegenden Veränderung abgefunden hat. Dabei spielen eine Anzahl Gründe mit, von denen die zweijährige Wirtschaftskrise wohl der wichtigste ist. Jedenfalls hat sich die amerikanische Öffentlichkeit mit seltener Einmütigkeit hinter den außenpolitischen Kurs ausgesprochen. Dieser Umstand ist nicht ohne alle Zeichen trüger, gemittelt, ihm auch weiterhin auf dem neuen Wege zu folgen.

Wohin führt dieser Weg? Amerikas amtliche Welt sagt, daß in

# Die Internationale zur Krise.

## Der sozialistische Weltkongress in Wien beendet.

Wien, 1. August. (Eig. Draht.)

In der Schlußsitzung des sozialistischen Weltkongresses führten Banderstedt und Seif den Vorsitz, die Präsidenten der Internationale und deutscherrichtigen Sozialdemokraten. Gripien erlangte den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Der Kongress hat 742 Teilnehmer, darunter 115 Frauen, 668 ordentliche Delegierte, 79 Gastdelegierte. Aus 29 Ländern sind 87 Parteien vertreten.

Friedrich Adler berichte über die Vorschläge der Organisationskommission, die darauf hinausläufen, die Affirmationsliste der Internationale zu erhöhen, einige kleine Parteien in die Exekutive aufzunehmen, das internationale Büro von 9 auf 11 Mitglieder zu vergrößern und zwischen je 2 internationalen Kongressen mindestens 1 internationale Konferenz einzuschließen.

In der Schlußsitzung der Exekutive aufzunehmen, das internationale Büro von 9 auf 11 Mitglieder zu vergrößern und zwischen je 2 internationalen Kongressen mindestens 1 internationale Konferenz einzuschließen. Die von Baton (Unabhängige Arbeiterpartei von England) begründeten Vorschläge, die Internationale so zu gestalten, daß sie alle Arbeiterparteien der ganzen Welt umfasse und auch mit nationalen Unabhängigkeitsparteien unterdrückter Kolonialländer in freundschaftliche Verbindung zu treten, wurden von Friedrich Adler mit dem Hinweis darauf bestritten, daß der größte Teil dieser Vorschläge bereits in den Sitzungen der Internationale begründet und enthalten ist. Die Internationale ist seit dem Hamburger Kongress im Jahre 1923 in der Organisation, in der Festigkeit und in der Einheit der Bewegung in den einzelnen Ländern fortgeschritten und das wollen wir weiter festigen zur Erreichung unseres Zieles. Die Vorschläge der I.A.P. werden gegen wenige Stimmen abgelehnt, die Anträge der Kommission mit der bereits wiederholt erwiesenen gewaltigen Mehrheit angenommen.

Es folgt die Besprechung des in der Nachmittags zum Sonnabend gehaltenen Referats von Robert Grimm-Schweiz über die Beratungen der Wirtschaftskommission. Die britische Abgeordnete Mary Ames Hamilton hebt hervor, was die britische Arbeiterregierung trotz aller Anfechtungen des Finanz- und Unternehmertums geleistet hat, um die Arbeitslosenversicherung aufrecht zu erhalten. Schmidt-Holland fordert unmittelbare Aktion der Internationale. Morris Hillquit (Nordamerika) schildert die gewaltige Krise in den USA mit ihren 10 Millionen Arbeitslosen.

Die erste Ursache der Krise war die Liberrationalisierung, wodurch massenhaft Arbeiter freigesetzt und ihre Konsumtionsfähigkeit außerordentlich verringert wurde. Wir geben einen neuen furchtbaren Winter entgegen, wenn nicht die Konjunktur vorher wiederkehrt. Der einzige Zusammenstoß der arbeitenden Menschheit allein kann die neue Gesellschaft aufrichten (Seifster Betsall). Loni Sender hebt den besondern Charakter der deutschen Krise

heraus, die nicht nur aus wirtschaftlichen Ursachen erwächst, sondern im tiefsten Maße von politischen Willen bedingt ist. Sie weiß, a. auch auf die Situation des ehemaligen Reichsanzwärters Dr. Schacht hin, sie unterrichtet, daß Wirtschaftspolitik heute längst nicht mehr das Spezialgebiet einzelner Wissenschaftler, sondern allgemein ringende Volkssache ist, und schließt mit folgenden Worten: Wir sind vor diesen Kongress nicht als Mittende getreten, nicht als eine Partei, nicht als Menschen und nicht als ein Land, das Wohlwollen empfangen will, sondern in dem Bewußtsein, daß hier die Soldaten sind, die in dem vorerwähnten Schützengraben im Kampfe gegen die Reaktion und den Faschismus als Vorposten der international organisierten Arbeiterschaft stehen. Da werden wir unsere Pflicht erfüllen und ich habe die feste Zuversicht, daß es uns gelingen wird. (Stürmischer Beifall.)

Voter-Palastina unterrichtet, daß die sozialistische Bewegung in Palästina schon begonnen hat, auch für die Besserung der Lage der arabischen Arbeiterklasse einzutreten. — Wölle-Schweden: Wir stimmen für die Resolution, nur muß natürlich den einzelnen Parteien ihre tatsächliche Freiheit bewahrt werden, besonders in der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit und der 40-Stundenwoche. In diesem Punkt sind die Meinungen noch nicht ganz einheitlich. — Groß-Polen begründet besonders die Forderung der Resolution der Verstaatlichung der Banken und erklärt, daß die polnischen Sozialisten die Bedingungen der Resolution in den Mittelpunkt des Kampfes stellen wollen. (Beifall.) — Im Schlußwort spricht sich Grimm gegen eine Resolution aus, die die I.A.P. eingebracht hat und mit der die

bei anderen Punkten bereits abgelehnten Parolen eingeschmuggelt werden sollen. Diese Resolution wird gegen 5 Stimmen abgelehnt, die Resolution der Kommission mit 299 Stimmen angenommen.

Berlekin um ein Danktelegramm Arthur Sanderfons für die Begrüßung durch den Kongress, die ihn tief gerührt habe.

Nun hält Banderstedt die Schlußrede: Dank zu sagen haben wir vor allem den Freunden und Republikanischen Schützlingen, die während des ganzen Kongresses die Ehrengarde der Internationale gestellt haben. (Stürmischer langanhaltender Beifall.) Aber Dank ist zu sagen auch allen denen, die sich um die Organisation und die Durchführung des Kongresses bemüht haben, in dem Sekretär der gewaltigen Parteiorganisation Wiens Paul Richter und dem internationalen Sekretär Friedrich Adler. (Stürmischer Beifall.)

Man nennt uns Marxisten und das soll ein Schimpfname sein, aber wir nehmen ihn als Ehrennamen an. Gerade die österreichische Sozialdemokratie, diese herrliche Partei Viktor Adlers, gilt als besonders marxistisch. Wir glauben, ihr eine würdige Anerkennung zu erweisen, wenn wir ihr die im Treppenhause aufgestellte Marx-Büste seines Urenkelts Louquet überreichen. (Beif. Beif.) Die Führerschaft Viktor Adlers zeigte sich nach seinem Tode am beweiskräftigsten darin, daß er seiner Partei einen solchen Generalführer hat ergeben und hinterlassen können. Wir aber verstehen unter dem Marxismus nicht etwa eine veraltete, versteinerte Lehre. Wir meinen eine Methode des Wissens um die großen Veränderungen der Gesellschaft, die uns befähigt, die große Umwälzung der Politik herbeizuführen, die das Antifisch dieser Gesellschaft verändern soll. (Beifalls Zustimmung.)

Dieser Kongress hat der zerstückelten kapitalistischen Welt die einzige Internationale entgegengeführt. Detein sind wir, vereint im Guten wie im Bösen. Was immer geschehe, diese Einheit wird bleiben, was auch kommen mag. Vereint werden wir kämpfen unter dem roten Banner und mit dem Ruf: „Es lebe die Internationale!“

Der Kongress erhebt sich, wiederholt dreimal braufend den Hochruf und singt in allen hier vertretenen Sprachen die erste Strophe der Internationale.

Banderstedt, dem die Kongressleiter durch stürmischen Beifall ihre Verehrung und Dankbarkeit bekunden, erklärt den Kongress für geschlossen. Die deutsche Delegation stimmt den Sozialistenschmar, an worauf die Deutsch-Österreicher und die Züricher mit dem „Lieb der Arbeit“ antworten. Unter stürmischen, vielhundertfachen Freumbglücksrufen zwischen den Jubilatoren und den Kongressleitern geht die Tagung aus. (Beifall.)

## Matteotti-Übrung in Wien.

Wien, 1. August. (Eig. Draht.) In dem nach Matteotti benannten gewaltigen Gemeindefest im Wiener Arbeiterpark Teilnahme wurde am Sonnabend die Gedenkfeier festlich eröffnet, die die Bewohner des Hauses dem Andenken des Würdigers gewidmet haben. Zahlreiche Mitglieder des Weltkongresses, darunter die italienische Delegation und zahlreiche in Wien lebende italienische Emigranten, waren unter der Führung von Banderstedt und Turati zur Feier erschienen. Außerdem natürlich Hunderte Wiener Arbeiter.

Abgeordneter Dr. Ellenbogen feiert das Andenken Matteotti als des unerschrockenen Vorämpfers der gewaltigen italienischen Arbeiterschaft. Banderstedt hielt die Festrede. An ergründeten Worten schilderte er das Leben und den Kampf des großen Toten. Kurz vor seiner Ermordung hat Matteotti in der römischen Kammer gesagt: „Ich habe keine Angst vor dem Tod.“ (Beifall.) Turati, der eigentlich die Gedenkrede halten sollte, war verhindert, weil die deutschösterreichische Regierung ihm und den anderen italienischen Delegierten zum Weltkongress die Einreise nur unter der Bedingung gestattet hatte, daß sie nicht außerhalb des Kongresses das Wort ergreifen.

## Der Kredit für England.

Frankreich und Amerika als Geldgeber.

London, 1. August. (Eig. Draht.) Die Bank von England gibt bekannt, daß die Bank von Frankreich und die Federal Reserve-Bank von New York ihr einen Kredit in Höhe von 50 Millionen Pfund Sterling zu gleichen Teilen zur Verfügung gestellt haben.

Das Schicksal hängt gleichzeitig an, daß es die Bank von England ermächtigt habe, den ungedeckten Notenumlauf für die Dauer von 3 Wochen auf 15 Millionen Sterling zu erhöhen. Diese Erhöhung des ungedeckten Notenumlaufs um 15 Millionen Pfund Sterling ist infolge der Goldabgabe und der Steigerung des Notenumlaufs notwendig geworden. Wie der letzte Verkaufsbericht der Bank von England zeigte, war der gedebete Notenumlauf auf 992 Millionen gestiegen und die Goldbedeckung so gesunken, daß nur noch 132 Millionen Pfund gedekt waren. Da das Bankgesetz von 1926 die Grenze für die Ausgabe ungedeckter Noten auf 200 Millionen festsetzt, hat man eine besondere Ermächtigung des Schatzamtes nötig. Man hofft, daß der Goldbestand der Bank von England sich in den nächsten drei Monaten so vermehrt haben und der Notendebau so zurückgegangen sein wird, daß die Bank von England dann die Ermächtigung des Schatzamtes nicht mehr benötigt.

In der City begrüßt man das Zustandekommen des Kredits für die Bank von England als einen Fortschritt in der Zusammenhalt der Notenbanken und als die Vorbedingung für eine finanzielle Hilfe an Deutschland. Die Bank von England ist nunmehr in der Lage, den Forderungen der City beizustimmen, damit sie ihre in Deutschland investierten Gelder „rückzahlen“.

## Fußtritte für die Kommunisten.

Die Deutschnationalen Fraktion des Preussischen Landtages hat dem kommunistischen Antrag auf Einberufung des preussischen Parlaments die folgende Unterzeichnung erteilt: 511 für die Ausgabe ungedeckter Noten auf 200 Millionen festsetzt, hat man eine besondere Ermächtigung des Schatzamtes nötig. Man hofft, daß der Goldbestand der Bank von England sich in den nächsten drei Monaten so vermehrt haben und der Notendebau so zurückgegangen sein wird, daß die Bank von England dann die Ermächtigung des Schatzamtes nicht mehr benötigt.

## Die Kommunisten — „verrückte Hunde“.

Dieser Tage hielt die Deutsche Volkspartei in Wachen eine Versammlung für den Volksentscheid ab. Es war am Freitag, am Abend des gleichen Tages, an dem sich der vormalige Reichsfinanzminister vor ausländischen Journalisten gegen den Volksentscheid ausgesprochen und der Hofnung Ausdruck gab, daß diese mit allen Mitteln der Lüge und der Heuchelei in Szene gelebte Aktion, nicht zum Erfolg führe.

Einer der Redner in der vorkapitalistischen Versammlung war der frühere Reichswehrminister Oberst a. D. Gilsa-Straede. Er bezeichnete sich u. a. mit den Kommunisten, die als „verrückte Hunde“ bezeichnet, deren Hilfe man sich jetzt zwar gefallen lasse, mit denen man aber später noch gründlich abrechnen werde.“ Nach diesem Fußtritt für Trübsinn und Genossen führte der Lachener Stahlhelmführer, Dr. Busch, wörtlich u. a. folgendes aus: „Man wird, wenn der Volksentscheid gelingt, zu Hungerlöchern arbeiten müssen. Der 12-Stundentag wird Tagelohn werden. Die Arbeitslosigkeit wird bis zur letzten Konsequenz durchzuführen. Man wird wieder lernen müssen, Schwarzbrod zu essen. An den Arbeitstagen wird man sich mit 20 Pfennigen Stundenlohn begnügen müssen. Man wird die Männer zur Zwangsarbeit in die Fabriken führen.“

Die völlige Rechtslosmachung der Arbeiterschaft — das ist der Sinn des Volksentscheides vom 9. August. Vor dieser noch daran gewöhnt hat, der durch die dannensmerzte Offenheit des Lachener Stahlhelms endlich etwas ändern befohlen worden sein. Und in dieser front zur Rechtslosmachung der Arbeiter steht mit den Stahlhelmen und den Schwerindustriellen von der Volkspartei die K.D.D.

## Wollen die Nazis putzen?

Hannover, 1. August. (Eig. Draht.) Der sozialdemokratische „Bolschewik“ meldet am Sonnabend unter der Überschrift „Wollen die Nazis putzen?“ folgendes: „Die Nationalsozialisten haben in Hannover am 31. Juli ihre SA-Beute aus dem Bekken geholt und in Marnstraße verladen. Von dem Parteihaus in der Georgstraße aus wurden diese Beute in den einzelnen Untertanen verstreut. Zu einem Teil sind die SA-Beute in Uniform erschienen.“ Die Nationalsozialisten wollen ansehend eine Generalprobe zu einem Putztag veranstalten und feststellen, auf wieviele Leute sie sich im Notfall verlassen können. Interessant ist, daß auch die nationalsozialistische Kraftverbände teilweise alarmiert worden ist, offenbar um in gegebenen Fälle die Führer in Sicherheit bringen zu können. Auch ein sog. Fliegerführer liegt in Hannover bereit. Dieser Sturm bezieht ansehend aus Studenten, die versuchen wollen, die Flugzeuge der Technischen Hochschule für die Nazi-Partei zu benutzen. Die Polizei ist über die Maßnahmen der Nationalsozialisten im Wille.“

Sozialdemokraten am Grabe des unbekanntem Soldaten. Eine Delegation Berliner Sozialdemokraten, die sich auf einer Reise durch Frankreich befindet, legte am Sonnabend im Namen des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am Grabe des unbekanntem Soldaten einen Kranz nieder. Der Kranz trägt eine schmerzvollende Aufschrift mit der Aufschrift, in der u. a. die Worte verzeichnet sind: „Es lebe Frankreich, es lebe Deutschland.“

## Der deutsche Besuch in Rom.

Der Reichszugler und der Reichsaußenminister werden am Mittwoch zum Besuch der italienischen Regierung von Berlin nach Rom reisen. Der Aufenthalt in Rom soll zwei Tage dauern, u. daß der Reichszugler und der Reichsaußenminister am Montag der nächsten Woche wieder nach Berlin zurückkehren. In dem Besuchsprogramm ist u. a. ein Empfang des Reichszuglers durch den Papst vorgesehen.



Die deutsche Botschaft in Rom (Villa Moskotta), in der die deutschen Minister während ihres Aufenthaltes in Rom Wohnung nehmen.

## Milde Richter für Nazi-Raubdys.

München, 1. August. (Eig. Draht.) In dem Weidheimer Bezirk gegen den nationalsozialistischen Verfallungsleiter und Landbesitzbesitzer wurde am Sonnabend sämtliche Angeklagten, soweit ihnen Landbesitzbesitz zur Last gelegt wurde, freigesprochen. Nur der Sozialist Adler wurde wegen Verletzung des Telegraphengeheimnisses zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem erhielt ein 18jähriger SA-Führer wegen gefährlicher Körperverletzung 3 Wochen Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte insgesamt 120 Monate Gefängnis für die nationalsozialistischen Raubdys beantragt. Die 6 mitangeklagten Reichsbannerleute mußte das Gericht nachdringlichermaßen ebenfalls freisprechen. Selbst der Staatsanwalt hatte ihre Schuldlosigkeit erwiesen erklärt und Freisprechung beantragt.

Bomben für den italienischen König. In Genoa explodierte am Sonnabendmorgen am Hauptbahnhof, kurz vor der Ankunft des italienischen Königspaares, eine Bombe. Personen kamen nicht zu Schaden; der Sachschaden ist jedoch ziemlich groß. Das italienische Königspaar nahm in Genoa an dem Stapellauf des neuen Dampfers „Rex“ teil. Das Schiff hat kurz nach seiner Weise durch den König seine Retorbition um das „Blaue Band“ des Ozeans angetreten.

## Aus aller Welt

700 Kilometer Grönländepost. Major Scott, einem Mitglied der englischen Dignitätsbesetzung, gelang in einem 700 Kilometer langen Marsch die Durchquerung des grönländischen Subarktischen Eisens im August nach Sibirien. Die Strecke war bisher nur zum Teil kartographisch festgelegt. Frühere Arbeiten Namens fanden durch den Marsch Scotts wertvolle Ergänzungen.

Gold auf Novaja Semlja? Zwei russische Geologen haben auf der Eisenerinsel Novaja Semlja Goldvorkommen entdeckt. Die Nachforschungen werden in vergrößertem Rahmen fortgesetzt werden.

Tödlicher Welpe. Auf dem Bahnhof Commeny (England) wurde ein 59jähriger Zugführer von einer Welpen ins Hirn gedrückt. Wenige Stunden später starb der Beamte an einer durch den Welpe hervorgerufenen Gehirnblutung.

### Der neue Reichswirtschaftsminister?



Dr. Paul Silberberg.

Der bekannte Köhler Wirtschaftsführer, soll, wie verlautet, zum Reichswirtschaftsminister ernannt werden. Dr. Schmig hat die Übernahme des Ministeriums endgültig abgelehnt.

### Wetterwirtschaft bei der Devalve.

Der hinter der Devalve-Bauparagesschiff stehende Zentralkomitee der inneren Mission hat eine Erklärung des Inhalts ausgegeben, die er nicht gemüßigt sei, Verletzungen zu bedenken. Tatsächlich hat aber der Zentralkomitee für innere Mission monatlich zu dem Korruptionslumpen in seinen Rechen gezwungen. Insbesondere kann die Wetterwirtschaft in den Devalveinteressen den verantwortlichen Leitern der „inneren Mission“ nicht unbekannt gewesen sein.

Kaufmannschaft fast sämtlicher Gesellschaften war Pastor Dr. Cremer in Potsdam, der zur Zeit, ebenso wie der Generaldirektor der Devalve, Wilhelm Zepfel, als Beschuldiger von der Staatsanwaltschaft verurteilt wird. Sein 24 Jahre alter Sohn war Vorstandsmitglied der „Devalve“, der „Helmstätten und Bauernvereins“, hatte eine maßgebliche Stellung bei der Bauernvereinschaft des „Deutsches-evangelischen Volksbundes“, seine Tochter leitete ein evangelisches Erziehungsinstitut in Luft und sein Schwager ist Ruderlehrer des Hisebades Seiffenbamm geworden, das vom Devalvekongress ermordet worden war.

Nach der Oberkirchenrat der evangelischen Kirche ist bereits vor Monaten über die Bekämpfung u. a. Faktorenwirtschaft in Devalve-Kongressen aufgeführt worden, ohne daß er eingegriffen hätte. Indes richten sich nunmehr die Strafverfahren, die bei der Staatsanwaltschaft eingegangen sind, nicht nur gegen die zuerst allein verantwortlich gemachte Beschäftigung, sondern auch gegen einige ihrer Hintermänner. Unter diesen findet man auch u. a. den Reichsanwalt und Vater Dr. Brandes, der eine ganz besondere Rolle als Verleüder der rätischen Beamtenleiter in Schleswig-Holstein gespielt hat. Brandes hat sich, ebenso wie Reichsanwalt B. Kitzbrunn, dadurch ausgezeichnet, daß er den angeklagten schleswig-holsteinischen Bauern Reichsanwalt abgenommen hat. Dieser patentierte drittliche Wortkämpfer für nationale Ehre und Saubereit war von den Verleüderungen der Beschäftigung seit langem auf das genaueste unterrichtet. Es wird ihm weiter vorgeworfen, daß er ebenso über die rechtsabwärtige Verwendung der Strafgeber unterrichtet war. Außerdem wird behauptet, daß zwischen Dr. Brandes und dem Reichsanwalt der Devalve, Dr. Lanzer, ein Abkommen gefaltet, sich in schwereren Prozessen nicht auf Vergleichsverhandlungen einzulassen; Dr. Lanzer sollte die Prozesse Dr. Brandes verfolgen und dafür 50 Prozent des Anwalts Honorars erhalten.

Zum Schutz der gefährdeten Gläubiger und Bauparier — zur ersten Gruppe gehören übrigens auch mit einem Betrag von rund 300.000 Mark, Ex-Kaiser Wilhelm — wurde nunmehr der „Schutzverband der Gläubiger und Bauparier des Devalve-Kongresses“ gegründet, an dessen Adresse Berlin W 35, Potsdamerstraße 113, Villa 5 (Reichsanwalt Dr. Oppen), sämtliche Redungen und Anfragen zu richten sind.

Die Kommunisten als Arbeiter. In der „Sozialistischen Republik“, dem kommunistischen Blatt in Köln, das am Montag nach zweimonatiger Pause wieder erscheinen sollte, ist die Beteiligung in den Streitigkeiten mit der Beschäftigung ohne Abgabe auf den Mindestlohn des Tarifs herabsetzen und den Ausschluß der Kündigung einführen wollte.

Abgeschickte Sklave. Der Kaiser von Mexiko, Kas Zafari, hat sich auf Drängen Englands bereit erklärt, die Sklaverei in seinem Reich abzuschaffen. Es soll in Mexiko über 2 Millionen Sklaven gegeben, deren Befreiung übrigens auch schon durch die ökonomische Situation bedingt wird, die sich durch den Vormarsch der mexikanischen Armee auch in diesem Lande ständig verändert.

Heiligensprechung einer Nonne? Eine Abordnung herorragerender amerikanischer Katholiken ist auf dem Wege zum Papst in Rom, um von ihm die Heiligensprechung einer im Jahre 1821 verstorbenen Nonne zu erwirken. Die betreffende Nonne soll zahlreiche Kräfte in Nordamerika gegründet haben.

Der große Fuhrmarsch Paris — Straßburg ist von dem Franzosen G. D. O. gewonnen worden. Er legte die 503 Kilometer lange Strecke in 72 Stunden 29 Minuten zurück.

Unter Nordverdacht verhaftet. In der Ortschaft Algenadorf im Kreis Zellow wurde am Sonntag ein vierjähriges Mädchen erwischt und im Gande verhaftet aufgefunden. Ein 35-jähriger Arbeiter aus dem gleichen Dorfe wurde unter dem Verdacht, das Stillschleichen verbrochen haben zu haben, verhaftet. Der Verdacht ist bereits wiederholt wegen Stillschleichen verbrochen vorbestraft.

Caracola gewinnt das ADAC-Autos-Rennen. Zum Autos-Rennen in Berlin am Sonntag hatten sich ungefähr 100.000 Zuschauer eingefunden. Das Hauptrennen gewann Caracola, der nach den 100 Meilen von Breda, dem Rennen auf dem Nürburgring und dem Schwannlandrennen. Er brauchte für 294,426 Kilometer 1:35:07,6 Stunden, die einem Stundenburchschnitt von 193,1 Kilometer entsprechen.

Furchtbare Verwundungslaf eines Arbeiters. In einem Dorf bei Jauran (Frankreich) hat ein Arbeiter in einem Verwundungslaf, dessen Verletzungen noch nicht aufgeklärt sind, seine Frau und seine beiden Töchter erschossen und sich darauf selbst das Leben genommen. Die Nachbarn hörten vier Schüsse fallen und fanden bei ihrem Eindringen in die Wohnung nur noch vier blutüberströmte Leichen.

# Blutiger Antikriegstag.

### Wie die Kommunisten gegen den Krieg demonstrieren

### Viele Verletzte in Halle.

Die Zentrale der KPD, hatte für Sonnabend, gemäß einer Anweisung aus Moskau, im Reich zu Antikriegs-Rundgebungen aufgerufen. In den meisten Städten wurde die Aufforderung überhaupt nicht befolgt. Wo ihr unter Hängen und Bürgen entsprochen wurde, wie in München, kam es zu keinen Zusammenstößen mit der Polizei. Im großen und ganzen hatte man den Eindruck, daß die KPD-Parole zur Unterstützung des Stahlhelmsbewegens auf die Aktionstrait der KPD, außerordentlich hemmend wirkt. Das Gros der KPD-Anhänger scheint das verätherliche Treiben der KPD-Zentrale überall mit der Abkehr von dieser „Arbeiterpartei“ zu beunruhigen.

### Ein Polizeibeamter angeschossen.

In Berlin besetzten die Kommunisten ihren Antikriegstag mit einem neuen blutigen Verbrechen. Indem sie „Krieg dem Krieg“ brüllten, schossen sie auf die Polizei und verunzerten einen verheirateten Beamten schwer und verletzten eine Privatperson tödlich. „Krieg dem Krieg“, mit der Wortschlange in der Hand — das ist die KPD. Als Polizeibeamter sich in kommunistischen Demonstrationen beteiligen wollten, wurden sie aus der Menge heraus beschossen. Der verheiratete Polizeimeister Weig, Vater von mehreren Kindern, erlitt einen schweren Rückenfuß. Er brach auf der Stelle zusammen.

Es ist das dritte Mal in wenigen Wochen, daß kommunistische Verbrecher in Berlin auf die Polizei geschossen haben, und das dritte Mal, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit ein pflichttreuer Beamter das Opfer der verbrecherischen Politik einer angeblichen Arbeiterpartei wurde. Wie die vorausgegangenen Verbrechen, so geht auch die neueste Brutalität ausschließlich auf das Konto der KPD. Diese Arbeiterpartei kann seit Monaten kein höheres Ziel, als irreguläre Menschen gegen die Polizei zu führen. Sie legt geradezu nach Blut, um mit den Opfern ihrer Verbrechen von heute und morgen neue Verbrechen inszenieren zu können. So wird die KPD von heute immer mehr zu einer Gefahr für die öffentliche Ordnung. Die Konsequenzen, die sich daraus eines Tages ergeben können, haben sich die Tätpaten und Konjorten selbst zuzuschreiben.

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Am Sonnabend-Abend, in der Zeit zwischen 15 und 16 Uhr, ist es in verschiedenen Stadtteilen Berlins, besonders im Osten und in Prenzlau zu Demonstrationen der KPD, gekommen. Größere Ansammlungen bildeten sich in der Frankfurter Allee. Als Polizeibeamte einige Personen anzuhalten wollten, wurde aus der Menge mit Pistolen geschossen und mit Steinen geworfen. Dabei wurde der Polizeihauptwachtmelder Weig durch einen Rückenfuß schwer verletzt und ein Zivilperson durch Herabwurf getötet. Ansammlungen konnten 7 Demonstrationen aufgelöst werden. 26 Personen wurden anzuhalten.

Von 21 Personen, die am Sonnabend während der kommunistischen Demonstrationen in Berlin verhaftet wurden, befand sich nur noch einer in Haft. Die Polizei hofft, in ihm den Schützen gefunden zu haben, der den Polizeiwachtmelder schwer verletzte. Der Beamte wurde noch am Sonnabend operiert. Der Beschäftigte, der nicht unter dem Herz sah, konnte entlassen werden. Der Beamte schwebt jedoch immer noch in Lebensgefahr.

### Englischer Wirtschaftsführer wegen Schiebung verurteilt.



Lord Keston.

Der Direktor der größten englischen Schiffahrtlinie Royal Mail, wurde in London wegen der Ausgabe von unrichtigen Ermittlungsberichten zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Prozeß wickelte die Gerichtsentscheidung des Jahres, da Lord Keston Mitglied des Oberhauses ist und zu den prominentesten Führern der englischen Wirtschaft gehörte.

### Letzte Nachrichten (Elaene Sand- und Drehtreiberei)

#### Die „Rote Fahne“ verboten.

Berlin, 3. August. (E). Der Berliner Polizeipräsident hat die Sonntagsgabe der „Roten Fahne“ beschlagnahmen lassen und das Blatt zugleich auf sieben Tage verboten. Das Blatt hat es fertiggebracht, die blutigen Vorgänge während der Sonnabend-Demonstrationen u. a. als „rote Selbsthilfe“ zu bezeichnen.

#### Spaltung der Wirtschaftspartei in Sachsen.

Leipzig, 3. August. (E). Der Landesausschuß Sachsen der Wirtschaftspartei hat am Sonntag in Dresden einstimmig beschlossen, mit seinen drei Wahlkreisen, seinen Ortsgruppen, sämtlichen sächsischen Landtagsabgeordneten und seinen Reichstagsabgeordneten aus der Wirtschaftspartei auszutreten. Man kam überein, bis zur Vereinigung mit anderen Wirtschaftsparteien ein „Sächsisches Wirtschaftspartei“ die politische Arbeit fortzuführen.

#### 14 Verletzte bei einem Luftkutschwagenunfall.

Cenaez, 3. August. (Lefunio). In der Nacht zum Montag, gegen 0,30 Uhr prallte ein Luftkutschwagen, in dem eine Anzahl

Halle, 3. August. (E). Die sog. Antikriegs-Rundgebung der KPD, in Halle nahm einen blutigen Verlauf. Es kam zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Demonstrierenden und Polizei. In dessen Verlauf ein Polizeibeamter durch einen Messerstich in den Rücken schwer verletzt wurde. 16 Polizisten wurden durch Steinwürfe und Stockschläge mehr oder weniger schwer verletzt. Auf Seiten der Demonstrierenden waren fünf schwer verletzte zu verzeichnen, die von Arbeitervereinen ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Außerdem wurden 63 leicht verletzte von Sanitätern behandelt. Bei der Auflösung der Rundgebung, die wegen Nichterhaltens übernommener Verpflichtungen notwendig wurde, griffen Demonstrierende die Polizisten tätlich an und bewarfen sie von allen Seiten mit Steinen. Bei der Verbannung nach den Anstrengungen wurden aus den Fenstern der umliegenden Straßen ebenfalls Steine geworfen und einige Schiffe abgehoben. Daß die ganze Aktion von der kommunistischen Partei planmäßig vorbereitet war, geht schon daraus hervor, daß die Arbeiter-Arbeiter-Kolonie entgegen der Gemobtheit in größerer Stärke angeordnet wurde und der Rest in Alarmbereitschaft gehalten wurde. Es steht außer Zweifel, daß die Kommunisten den Zusammenstoß provoziert haben, um ihren Anhängern die Notwendigkeit der Beteiligung am Volksentscheid schmackhaft zu machen.

### Wieder zwei Tote.

Hauen, 3. August. (E). In Wittenau an der Döffe kam es zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nazis. Durch den blutigen Straßenkampf wurden ein Nationalsozialist und ein Unbeteiligter getötet. Drei Personen wurden schwer verletzt. Die Wittendorfer Nationalsozialisten beschloßten am Sonntag abend anlässlich des bevorstehenden Volksentscheids eine Verammlung abzuhalten. Am „Galihaus „Zum Kronprinz““ sammelte sich ein nationalsozialistischer Trupp, der von hier aus geschloßen zum Verlamungsgelände marschieren wollte. Auf dem Wege nach dort begegnete ihm ein größerer Trupp Kommunisten. Es kam zu gegenseitigen Insulten und Trup darauf zu einer heftigen Prügelei. Währenddessen mehrere Schüsse. Die Kommunisten und Nationalsozialisten stoben auseinander, aber schon war das Unglück geschehen. Ein Chauffeur und ein unbeteiligter Arbeiter wurden, durch Kopf- und Brustschüsse getroffen, tot auf dem Platz liegen. In unmittelbarer Nähe davon lagen drei Schwerverletzte. Sie haben Arme- und Beinwunden erhalten. Die Polizei hat bisher nur einen kommunistischen Teilnehmer an der Schlägerei verhaftet. Der Verhaftete war im Besitz einer Waffe. Die bisherigen Vernehmungen haben ergeben, daß von den Kommunisten und den Nationalsozialisten geschossen ist.

### Auch in Polen Schiebereien.

Warschau, 3. August. (E). In Warschau wurde die Polizei anlässlich des Antikriegstages von kommunistischen Demonstranten mit Revolvern beschossen. Die Polizei erwiderte das Feuer. Ein Polizist wurde getötet, drei Personen wurden schwer verletzt. Am Domstoaer Kolonnenbezirk griffen die Kommunisten ebenfalls die Polizei an. Auch dort kam es zu einer Schieberei, in deren Verlauf zwei Personen getötet und zahlreiche, darunter mehrere Beamte, schwer verletzt wurden.

### In den Rhein geworfen.

Köln, 3. August. (E). Erst heute wird ein schauerliches Verbrechen bekannt, das mit aller Wahrscheinlichkeit auf das Schuldkonto jugendlicher Kommunisten kommt. An der Sonntagmorgen, gegen 1 Uhr, wurde nach einer Raubverammlung in Rhein-Bühlheim, in der es zu Tätlichkeiten zwischen Kommunisten und Nazis gekommen war, ein etwa 15-jähriger Nazimann von jungen Leuten von der großen Rühlheimer Weide in den Rhein geworfen. Das Opfer trieb laut schreiend stromabwärts, am Ufer von einem Teil der Täter verfolgt, die wilde Drohungen ausstießen. Schließlich gelang es doch noch den Anwohnern, den bereits Bewußtlosen zu retten und ins Krankenhaus zu bringen. Wertwürdigerweise hat die Polizei bis heute über den Vorgang noch nichts bekannt gemacht.

### Todesstrafe eines italienischen Fliegerpaupmanns.

Rom, 3. August. (Lefunio). Bei einem Probestug um den Weltbühnen um den Schneider-Pokal führte der Fliegerpaupmann Monti über dem Lago Maggiore ab und fand dabei den Tod. Monti hatte an dem Schneider-Wettbewerb im Jahre 1929 teilgenommen.

### Gedenkfester am Graue Jaures.

Paris, 3. August. (E). In der Grabstätte von Jaures im Pantheon wurden am Sonnabend vormittag von Delegierten des Pariser Bezirksverbandes der Sozialistischen Partei und von der Berliner Bürgermeier Diemaroff im Namen von 35 Berliner Lehrern und Schriftstellern Kranze niedergelegt. Am Nachmittag fand im Ruffe du Crillon, in dem Jaures am Tage vor Kriegsausbruch ermordet wurde, eine kleine Feier statt. Bei dieser Gelegenheit wurde eine kleine Gedächtnisfeier eingeweiht.

### Generalfreitag in Habanna.

Habanna, 3. August. (E). In Habanna ordnete der kubanische Generalfreitag durch Unterfertigung der streifenlosen Straßenschilder einen 24stündigen Generalfreitag an. Alle Verkehrsmittel wurden stillgelegt. Im Verlauf von Straßenunruhen wurden zahlreiche Personen verhaftet.

### Genossenschaftliche Beschlüsse am Olfons Juchland.

Newport, 3. August. (Lefunio). Der große schäbige Erfinder Edison hat in der vergangenen Nacht einen schweren körperlichen Zusammenbruch erlitten. Er liegt zurzeit noch in tiefer Ohnmacht. Man hat durch Fingergewebe seine bekannte Zähne nach seinem Heim in Westorango (Newjersey) geholt und befindet sich, in Unbetracht des hohen Alters, jeden Augenblick das Schlimmste.

### Unruhen in Uruguay.

Newport, 3. August. (E). In Rocha (Uruguay) kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei. 5 Personen, darunter 3 Polizeibeamte, wurden getötet, zahlreiche schwer verletzt.

Sonnenblüttag erküßelt meine  
liebe Frau, unsere gute Mutter  
**Martha Staat**  
geb. Eder  
im Alter von 46 Jahren.

In Exazer:  
**Max Staat, Adikt. 6**  
**Karl Brandenstein und Frau.**  
Beerigung findet Dienstag, 2 Uhr,  
von der Friedhofkapelle aus, statt.

**Verreist**  
**San.-Rat Dr. Nagel**  
Vertretung: Herr **San.-Rat Dr. Hentscher**  
Herr **San.-Rat Dr. Schmidt**  
Herr **Dr. Schwarz**

**Verreist**  
**Dr. Schliephake, Wehrstedt**  
Vertreter: **Dr. Georgi, Reitelweg, Spreddstadt**  
9-10 und 3-4 Uhr; **Dr. Eike, Marlin-**  
plan, Spreddstadt: 9-10 und 1 1/2-4 Uhr

**Schlachthof-Freibank** Dienstag  
Schlachthof (200) . . . . . Band 40 Pfg.  
Wendisch (200) . . . . . Band 40 Pfg.  
Wendisch (gebäude) . . . . . Band 30 Pfg.

**Thale.**  
**Bekanntmachung.**  
**Volksentscheid „Landtagsauflösung“.**  
Der Volksentscheid über die Frage, ob der preussische  
Landtag aufgelöst werden soll, findet am  
**Samstag, den 9. August 1931, in der Zeit von 8 Uhr**  
vermehrt bis 5 Uhr nachmittags, statt.  
Es sind in der Stadt Thale 8 Wahlmännbezirke  
gebildet und zwar:

**Wahlmännbezirk 1.**  
Wahlbezirk: **Wegholt, Wegholt, Wierker, Friedrichs**  
Dombachhaus, Friedrichs-Eberlein, Frosch und Gullmans  
Grenzschloß, Große Weinbergstraße, Hotel Grenzschloß,  
Tägeritz, Neue Steinbachstraße, Rodelfans, Walpurgis-  
straße, Walpurgisplan

**Wahlmännbezirk 2.**  
Wahlbezirk: **Wegholt, Wegholt, Wierker, Friedrichs**  
Dombachhaus, Friedrichs-Eberlein, Frosch und Gullmans  
Grenzschloß, Große Weinbergstraße, Hotel Grenzschloß,  
Tägeritz, Neue Steinbachstraße, Rodelfans, Walpurgis-  
straße, Walpurgisplan

**Wahlmännbezirk 3.**  
Wahlbezirk: **Wegholt, Wegholt, Wierker, Friedrichs**  
Dombachhaus, Friedrichs-Eberlein, Frosch und Gullmans  
Grenzschloß, Große Weinbergstraße, Hotel Grenzschloß,  
Tägeritz, Neue Steinbachstraße, Rodelfans, Walpurgis-  
straße, Walpurgisplan

**Commer-Hofen**  
**Commer-Hofen**  
25%  
**H. Deffauer,** **Stiefen-**  
**graben 3.**

**Wasserdichte Strapscher-**  
**Wetter-Mäntel**  
für den Beruf  
**M. 22.00**  
**Textilwarenfabrik Röber**  
Halberstadt  
Quedlinburgerstraße 9a.

**Öffener Posten leere**  
**Zigarettenstücken**  
2 Pfg. pro Stck., als Promis-  
sion, und sonstige Fabrikaten  
sind billig zu verkaufen.  
**Linobad & Winterfeld**  
10, m. b. 5.  
Bretzenweg 52.

**Stäßer Martin-Salbe**  
geg. Hautschäden u. offene  
Wunden. **Ratshausstraße**

**Billige Omnibus-Rundfahrt**  
von Halberstadt über Regenstein - Blankenburg -  
Tresberg - Allrode - Güntersberge - Alexisbad.  
Abfahrt 11.30 Uhr vom Heinrichplatz.  
Rückfahrt von Alexisbad 22.00 Uhr.  
Fahrpreis pro Person 3,00 RM.

Voranmeldungen bis Dienstag nachm. 4 Uhr bei Herrn  
E. Brohm, Richard Wagnerstraße 66, Tel. 1866 erbitten.  
**Königs Omnibus-Rundfahrten Mansfeld**

**Geschäfts-Verlegung.**  
Meiner werten Kundschaft, sowie allen Ein-  
wohnern von Halberstadt und Umgegend zur  
gef. Mitteilung, daß ich meine  
**Schuhmacher-Werkstatt,**  
B. d. Spritzen 1a, Ecke Johannesbrunnen, nach  
**Ochsenkopstr. 7**  
mit dem heutigen Tage verlegt habe.  
Hochachtungsvoll  
**Otto Nobel, Schuhmachermeister.**

**Osterwieck**  
**Obstverpachtung in kleinen Losen.**  
Der Pachttag wird hiermit erklärt. Das Obstgeld ist  
bis **Mittwoch, den 5. August 1931, an die hiesige Stroh-**  
kammer zu zahlen.  
**Osterwieck a. S., den 31. Juli 1931.**  
Der Magistrat, **Herrmann.**

**ELYSIUM · Halberstadt**  
Neue, Montag, den 3. August 1931, abends 8 1/2 Uhr  
**Große Zwergenrevue!**  
mit dem Schläger  
**„Wem gehört der Mann?“**  
Operetten- und Varieteevorstellung, 3 Akte, 16 Bilder,  
15 Mann Orchester!

Nachmittags 4 Uhr: **Schnewittchen und die sieben Zwerge.**  
Dienstag, den 4. August, nachm. 4 Uhr: Letzte Märchenvorstellung.  
**Schnewittchen und die sieben Zwerge.**  
Abends 8 1/2 Uhr: **Letzte Hauptvorstellung.**  
Kinder haben zur Abendvorstellung keinen Zutritt.  
Mittwoch, nachmittags 3 Uhr: **Rotkäppchen und der Wolf.**  
Marktschreierische Reklame erbringt sich, fragen Sie ihren  
Nachbar über Leistungen und Ausstattung dieser Lipputaner-  
gesellschaft, sein Urteil genügt.  
Eintrittskarten im Vorverkauf Zigarrenhaus **Krüger & Oberbeck,**  
**Fischmarkt.** An der Abendkasse 20 Pfg. Aufschlag.

**Oberreisender**  
mit Inseratenverberkolonne für die Bezirksbeilage de  
**„Freidenker“**  
(Organ des deutschen Freidenkerbundes) gegen  
**hohe Provision gesucht.**  
Annoncen C. m. h. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 27

**Fisch, blutfrisch und billig**  
Fischhändler **Erhellisch, Geseloh,**  
Rohlfisch 30 Pfg., Bril 40 Pfg.,  
Herbennade 40 Pfg., sowie die be-  
rühmte große **U n d a b i u**  
**äußerst billigem Tagespreis**  
Verkauf: Dienstag, Breitenweg 52, Zorelinstraße  
**Fisch - Jürgens** Weidmänn-  
Fischereihafen

Soeben erschienen!  
**Friedrich Stampfer**  
**Grundbegriffe der Politik**  
Leinen geb. 4.50 Mk., karton. 3.60 Mk.  
Aus dem Inhalt:  
Das Wesen der Politik - Der Staat -  
Die Staatsformen - Prinzipien der Demo-  
kratie - Organisation der Demokratie -  
Innere und äußere Politik - Auswärtige Politik

**Büchhandlung**  
**Halberstädter Tageblatt**

**b5H**  
**Lichtschauspielhaus**  
Spiegelstraße 7-8 : Fernruf 1058

Heute (Montag)! Zum letzten Male!  
**Die Blumenfrau**  
von **Lindenau.**  
Die entscheidende Kleinstadtkomödie voll köst-  
lichen Humors.

Morgen (Dienstag)! Zum ersten Male!  
Die große Premiere  
**Zweierlei**  
**Moral**

(Eine Ehe - Zwei Abenteuer)  
Regie: **Gerhard Lamprecht.**  
3 Akte nach dem erfolgreichen Bühnenwerk  
von **Bruno Frank:**  
**„Perlenkomödie“**

Dieser mit atemberaubender Spannung geladene Ton-  
film zeigt das Schicksal einer modernen, zer-  
störten Ehe, in welcher der sensationelle  
Diebstahl einer wertvollen Perlenkette und die  
Ergriffung des Täters eine große Rolle spielt.  
Die fabelhafte deutsche Besetzung:  
**Elga Brink - Walter Rilla**  
**Ida Wüst - Aribert Wäscher**  
Ein hervorragendes Beiprogramm  
**Wochenschau Tonkürfilm**  
**Kulturschau**  
T ä g l i c h : 4.30 6.40 8.50

**Seine's Riesenwurst**  
sart, delikat, saftig,  
**100 gr nur 23 Pfg.**  
täglich frisch im Spezialgeschäft **Ed. Schaller.**  
Am Seinesplatz, Fernruf 1435  
Befreie Deutscher für die Riesenwurst

**Wernigerode**

**Bekanntmachung.**  
Unter Zuhilfenahme der Verfügung des Herrn Regierungs-  
präsidenten vom 28. Juli 1931 Nr. 114 4124 betr. Er-  
öffnung der Kreis- und Stützpunktstellen sind die Wahl-  
berechtigungsbefugnisse an

**Grundgebühren für Gleichstromzähler**  
bei einem Kraftanstiegwert bis 400 Watt und mit Licht-  
anleiherwert bis 200 Watt nach 1.00 RM. anfallt dieser  
0,80 RM. erhoben.  
Die Gebühren für Gleichstromzähler bei Anlagen mit  
größeren Anleiherwert bleiben wie für Drehstromanlagen  
unverändert.  
**Wernigerode, den 1. August 1931.**  
Der Magistrat, **Dr. G. P. E. L.**

**Verordnung**  
über das Volkszählen und zur Durchführung des Volks-  
entscheides „Landtagsauflösung“.  
Gemäß § 18 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über das  
Verfahren bei Volkszählen und Volksentscheidungen  
vom 8. 1. 1926 (Gesetzblatt, S. 2) wird hiermit verordnet:  
§ 1. Nachdem der im Artikel 14, Abs. 1, Satz 1, der Ver-  
fassung eingefügte Zusatz § 4 Abs. 1, Satz 1, der Ver-  
fassung ausfallen, und nachdem der Landtag selbst in seiner  
Sitzung vom 9. 7. 1931 ebenfalls beschlossen hat, sich nicht  
aufzulösen, wird festgesetzt, daß dem unter Führung des  
Landtags, Bund der Frontkämpfer a. W., gemäß der Frei-  
stellung des Staatsministeriums vom 30. 6. 1931 - S. 21,  
1. 6. 006, Nr. 2, I. c. 2270 rechtschriftlich laufende ge-  
kommenen Volkszählungen auf Auflösung des Landtags nicht  
entschieden werden ist.  
Die Frage, ob der Landtag aufgelöst werden soll, wird  
nämlich zum Volksentscheid gestellt.  
§ 2. Als Abstimmungszeit wird Sonntag, den 9. August  
1931, festgesetzt.  
§ 3. Der Stimmzettel hat eine Größe von 10,5 mal  
14,8 cm (Din A 6) und folgenden Aufdruck:  
Soll der Preussische Landtag aufgelöst werden?  

Ja	<input type="radio"/>
Nein	<input type="radio"/>

  
§ 4. Die weitere Durchführung des Entschlags-  
verfahren liegt dem Minister des Innern ob.  
**Berlin, den 9. Juli 1931.**  
**Das Preussische Staatsministerium.**  
Braun. Govering.

Die vorstehende Verordnung des Staatsministeriums  
wird hiermit bekannt gegeben. Dabei wird auf Anordnung  
des Ministers des Innern zur Beachtung der Stimm-  
berechtigten bemerkt, daß die Stimmabgabe nachweislich in  
der Weise erfolgt, daß Stimmberechtigten, die die zur Ab-  
stimmung gestellte Frage bejahen wollen, in den Kreis des  
mit „Ja“ bezeichneten Kreises einzutreten haben, in dem die  
Stimmzettel nicht aufzulösen, sind unzulässig. Die Stimm-  
zettelung ist in den Abstimmungsunterlagen.  
Stimmzettel, die auf Antrag diejenigen Abstimmungs-  
berechtigten erhalten, die am Abstimmungszeit auszuwei-  
nen den Stimmzettel über die Abstimmungsfrage aufzulösen  
sind, aber die Stimmzettel ausgeben wollen, werden nur die  
Abstimmungsfrage: **Landtag Hermann Niedel.**  
Stellvertreter: **Kaufmann Walter Däwinkel.**  
Wahlmännbezirk 1: **Gaßhaus zum Braunen Tisch,**  
Kroppenstraße.  
Wahlmännbezirk 2: **Gaßhaus zum Braunen Tisch,**  
Kroppenstraße.  
Wahlmännbezirk 3: **Gaßhaus zum Braunen Tisch,**  
Kroppenstraße.  
Wahlmännbezirk 4: **Gaßhaus zum Braunen Tisch,**  
Kroppenstraße.  
Wahlmännbezirk 5: **Gaßhaus zum Braunen Tisch,**  
Kroppenstraße.  
Wahlmännbezirk 6: **Gaßhaus zum Braunen Tisch,**  
Kroppenstraße.  
Wahlmännbezirk 7: **Gaßhaus zum Braunen Tisch,**  
Kroppenstraße.  
Wahlmännbezirk 8: **Gaßhaus zum Braunen Tisch,**  
Kroppenstraße.

**Bekanntmachung**  
über die Abstimmungsfrage für den Volksentscheid „Landtags-  
auflösung“.  
Der Gemeindevorstand ist in zwei Stimmbezirke eingeteilt,  
die wie folgt abgegrenzt sind:  
1. Bezirk:  
**Auguste, Bahnhofs, Benjamin Strick, Eick, Finkler,**  
**Friedrich, Gumbert, Jürgens, Jürgens, Kuchler,**  
**Hof, Johann-Helmig, Karl, Conrad, Henschler,**  
**Schloß, Schmidt, Schellen, Stahlwerk, Zeh, Hef-**  
**linger, Henschler, Henschler, Henschler, Henschler,**  
Unter den Eichen, Große und Demmlingstraße.  
Wahlmännbezirk: **Hotel „Eindenberg“.**  
Wahlmännbezirk: **Kaufmann W. Martin,**  
Stellvertreter: **Kaufmann Hermann Hellmann.**  
2. Bezirk:  
**Auf der See, Berg, Blasenlein, Witter, Wadberg,**  
**Grünstraße, Junkerstein, Kalkmüller, Markt, Mühl,**  
**Neue, Otto, Wiers, Wiersstraße, Schindemann, Sogel-**  
**gang, Waldhofsmeisen und Wilschstraße, Wilsch-**  
**Schäferlein, Wilschberg, Garten- und Angerstraße, Wilsch-**  
**bergstraße.**  
Wahlmännbezirk: **Hotel „Deutsches Haus“.**  
Wahlmännbezirk: **Bäckermesser W. Gorm,**  
Stellvertreter: **Lehrer Otto Schramm.**  
Die Abstimmung erfolgt am **Samstag, den 9. August**  
1931 von 8 bis 17 Uhr. Die Stimmzettel sind amtlich  
hergestellt und werden den Stimmberechtigten im Abstimmungs-  
raum ausgehändigt.  
**Wernigerode, den 30. Juni 1931.**  
Der kommunisierende Gemeindevorsteher,  
**G. P. E. L.**

**Kommunisten, Stahlhelm**  
**und Nationalsozialisten,**  
**Arm in Arm für Volksbegehren!**  
lieber dieses Thema spricht am  
**Donnerstag, den 6. August, 20 Uhr**  
Landtagsabgeordneter  
**Wittmaack - Magdeburg**  
im Generalkomitee (großer Saal)  
in einer öffentlichen Versammlung  
zu dieser sind der Vorstand der Kommunistischen und  
Nationalsozialistischen Partei schriftlich mit der Beteiligungs-  
einladung, daß Debattieren zugelassen werden.  
In die Gesamtabstimmung rufen wir das  
Erwachen, in Wägen zu erheben!  
**Sozialdemokratische Partei, Ortsgruppe Wernigerode**

**Bekanntmachung**  
über die Abstimmungsfrage für den Volksentscheid „Landtags-  
auflösung“.  
Der Gemeindevorstand ist in zwei Stimmbezirke eingeteilt,  
die wie folgt abgegrenzt sind:  
1. Bezirk:  
**Auguste, Bahnhofs, Benjamin Strick, Eick, Finkler,**  
**Friedrich, Gumbert, Jürgens, Jürgens, Kuchler,**  
**Hof, Johann-Helmig, Karl, Conrad, Henschler,**  
**Schloß, Schmidt, Schellen, Stahlwerk, Zeh, Hef-**  
**linger, Henschler, Henschler, Henschler, Henschler,**  
Unter den Eichen, Große und Demmlingstraße.  
Wahlmännbezirk: **Hotel „Eindenberg“.**  
Wahlmännbezirk: **Kaufmann W. Martin,**  
Stellvertreter: **Kaufmann Hermann Hellmann.**  
2. Bezirk:  
**Auf der See, Berg, Blasenlein, Witter, Wadberg,**  
**Grünstraße, Junkerstein, Kalkmüller, Markt, Mühl,**  
**Neue, Otto, Wiers, Wiersstraße, Schindemann, Sogel-**  
**gang, Waldhofsmeisen und Wilschstraße, Wilsch-**  
**Schäferlein, Wilschberg, Garten- und Angerstraße, Wilsch-**  
**bergstraße.**  
Wahlmännbezirk: **Hotel „Deutsches Haus“.**  
Wahlmännbezirk: **Bäckermesser W. Gorm,**  
Stellvertreter: **Lehrer Otto Schramm.**  
Die Abstimmung erfolgt am **Samstag, den 9. August**  
1931 von 8 bis 17 Uhr. Die Stimmzettel sind amtlich  
hergestellt und werden den Stimmberechtigten im Abstimmungs-  
raum ausgehändigt.  
**Wernigerode, den 30. Juni 1931.**  
Der kommunisierende Gemeindevorsteher,  
**G. P. E. L.**

**Sozialistische**  
**Literatur**  
**Aktuelle**  
**Brochüren**  
um, sind stets zu beziehen  
durch die  
**Büchhandlung**  
**Burgstraße 30**

Zur Deckung des Bedarfs  
an  
**Rauchwaren**  
empfehlen wir  
**W. Steigerwald,**  
Burgstraße 30.

**Gesellschafts-**  
**Ausflüge**  
mit **Lehrer**  
Dienstag:  
Steinerne Reine -  
Dorfes  
Mittwoch:  
Vormittags  
Donnerstag:  
Besuch -  
Wien  
Freitag:  
Vormittags  
Sonntag:  
Süde Tannen bei  
Hofes  
Montag:  
Vormittags  
Spaziergang  
Programm und Teil-  
nehmerliste im Stad-  
Verkehrsamt (Rau-  
vermittlung), Amtlicher  
Fahrradverleiher

In der Fabrikniederlage  
kauft man moderne  
**Sofas, Couches, Klapp-**  
**Sessel, Gerüststühle,**  
**Ruhebetten, Dreiß-**  
**Wägen von 20 Mk. an,**  
**Schalen, Schlafstühle,**  
**Wägen, Matratzen,**  
**eine Möbel gut**  
**und preiswert**  
Auf Wunsch Zahlungs-  
Erichtung!!!  
**Harzer Möbel-Galle**  
**H. Wurbs, Kaiserstr. 62**

## Sherunter mit den Neubaumieteren.

Die Krise in der Lebenshaltung der wertmäßigen Massen hat für einen Teil der Bevölkerung, die Neubaumieter, besonders unerträgliche Formen angenommen.

Sehr viele Familien, besonders junge Ehepaare, haben sich in den Verträgen für die hohen Mieten erschlossen, eine Neubaubewohnung zu beziehen, weil sie damit rechnen, daß ihr Einkommen gerade soviel oder sogar steigen würde. Statt dessen kam seit dem Frühjahr 1930 eine Wohnbaubumelle nach der andern. Die Befragung durch Steuern und andere Abgaben fiel. Der Arbeiter z. B., der Anfang 1930 den Wohnbau aufnahm, muß jetzt mit einem derart verminderten Einkommen rechnen, daß die Miete 30—40 Prozent seiner monatlichen Bezüge ausmacht. Ganz unzulässig sind die Zustände bei den Vermehrungen von Neubauten geworden, die von kurzem Arbeit oder Arbeitslosigkeit betroffen wurden.

Es ist keine Seltenheit mehr, daß Familien die mühsam erworbenen gelungene Neubaubewohnung aufgeben müssen, weil die Mieten bei ihnen nicht mehr tragbar sind.

Bedächtige Hilfe tut hier nur, deren Ziel die Senkung der Mieten in erster Linie bei bestehenden Neubaubewohnungen sein muß, die unter den aufsergewöhnlich ungünstigen Bedingungen der Baujahre 1928 bis 1930 erstellt wurden. Maßnahmen der öffentlichen Hand sind dabei ebenso notwendig und durchführbar wie Hilfsaktionen der Hypothekentanten:

### Senkung der Zinsen für die Hausinsfußhypotheken

Bei Neubauten mit überhöhten Mieten ist ein durchaus gerechtfertigter Ausweg dafür, daß die billigen öffentlichen Hypotheken zu niedrig bemessen wurden. Gewiss hat diese Aufhebung der Zinsvorschriften eine starke Verringerung der Hausinsfußzinsfußsätze zur Folge. Damit werden die Mittel, die für Zinszuschüsse oder für Hausinsfußhypotheken neuer Wohnbaubauten in Aussicht genommen sind, nicht ungenutzt gelassen. Die öffentlichen Entlohnungen, besonders die Gemeinderäte, werden jedoch zwangsläufig vor die Entscheidung gestellt: Entweder auf ihren Zinsanspruch zu bestehen, die bei der Lage der Mietschulden vielfach nicht mehr erfüllt werden können, damit das Verbleiben von Wohnungen zu ermöglichen und schließlich doch die Zinsausfälle zu tragen oder durch rechtzeitige Entgegenkommen eine Senkung der Mieten zu ermöglichen. Die geplanten Zinszuschüsse für die neuen Kleinwohnungsprogramme dürfen nicht ausschließlich aus den unzulässigen Zuschüssen beziffert werden; sie müssen durch eine ausreichende langfristige gesetzliche Regelung hinsichtlich eines Teiles des Hausinsfußzinsausfalls gesichert werden.

Steuerbefreiung der in den Baujahren 1928 bis 1930 errichteten Wohnbaubauten

gemeinnütziger Baugesellschaften und Genossenschaften von sämtlichen Steuerlasten in gleicher Weise wie die Steuerbefreiungen, die in der Rotterordnung vom 1. Dezember 1930 für alle nach dem 1. April 1931 fertiggestellten Wohnbaubauten ausgedrückt sind, ermöglicht den Bauherren zur Grundbesitzsteuer zu zahlen. Ihre finanzielle Notlage gestattet den Gemeinden jedoch nicht, diesen Wünschen aus eigenen Kräften Rechnung zu tragen. Die Ausgleichsbeträge für die Steuerbefreiungen müssen vielmehr im Rahmen einer Revision der Dezember-Rotterordnung aufgebracht werden, deren Millionengröße an den Arbeitsloshaus, dem Reichsfinanzminister Dietrich mit der Behauptung funktioniert, der Reichsbesitz sei funktionslos, in der jetzigen Lage weniger als je gerechtfertigt sind.

Ein besonders wirksames Mittel zur Senkung der Neubaumieter ist eine

### Herabsetzung der Hypothekentilgungen.

Die Neubaubausparaten der Nachkriegszeit sind fast allgemein zu einem Tilgungssatz von 1 bis 2 Prozent zuzüglich der durch fortwährende Tilgung erparten Zinsen ausgiebig. Diese hohe Tilgung führt dazu, daß die Banken in beispielsweise 10 bis 20 Jahren von Privatkapitalien entschuldigt sind, während die Lebensdauer der Bauten 60 bis 100 Jahre beträgt. Das ist eine Befreiung der Gegenwart zugunsten kommender Mietergenerationen, die unbillig und auch wirtschaftlich nicht notwendig ist. Eine Senkung der Tilgungssätze für Amortisationshypotheken auf 1/2 Prozent, durch die in Einzelfällen bis zu 10 Prozent der Mieten erpart werden kann, verlängert die Tilgungszeit um rund 10 bis 20 Jahre. Sie ist also wirtschaftlich durchaus vertretbar. Die Hypothekentanten, die ein verständliches Interesse an einem raschen Rückfluß ihrer Gelder haben, werden hier vor die Entscheidung gestellt, durch Herabsetzung ihrer vertraglichen Ansprüche die Mietausfälle annehmen zu lassen und mangelhaften Bauzustandstellungen nachsichtiger Bauten entgegenzutreten oder einer Herabsetzung der Tilgungsquoten zuzustimmen, zu der einseitige Hypothekentilgungen, die sich ihrer Pfandbriefgläubigern gegenüber nicht festgelegt haben, heute schon bereit sind. Zahlreiche Hypothekentanten freilich können den Erfordernissen der zeitlichen Streifen nur Rechnung tragen, wenn eine Rotterordnung die von der Erfüllung jener Zusicherungen verhindert, die sie ihren Pfandbriefgläubigern in Bezug auf Rückfluß und Auszahlung der Pfandbriefe gemacht haben. Wenn von einer derartigen finanziellen Mittel nicht ganz zu Unrecht eine weitere Erschütterung des Vertrauens in die Rechtsgrundlagen unseres Wirtschaftslebens befürchtet wird, so muß doch nach den Eingriffen der letzten Rotterordnungen in grundlegende Rechtsverhältnisse betont werden, daß den Mietern billig sein muß, was den Banken recht ist.

Leber den Sorgen der zeitliche Finanzstränge dürfen, so sehr ihre Behebung im Interesse der Arbeiterklasse liegt, die übertragenden Aufgaben des Kampfes gegen das Wohnungsnot nicht hinterzögert werden. Zu ihnen gehört eine planmäßige, durch gezielte staatliche Maßnahmen geförderte Hilfe für den Neubaumieter durch Senkung der Mieten!

## WERNIGERODE

### Was wird ab Montag gezahlt?

Vom Mittwoch ab normaler Zahlungsverkehr innerhalb der Bannten.

Durch die am Samstag von der Reichsregierung veröffentlichte Verordnung über den Zahlungsverkehr in der nächsten Woche sind für schmerzhafte Zweifel infolge besonderer Bestimmungen für eine Überbergangzeit entstanden, daß die Bestimmungen noch einmal in folgender Form geklärt werden müssen:

### 1. Zahlungsverkehr der Banken:

Vom Mittwoch, den 5. August, ab sind für die Banken alle Beschränkungen für den normalen Zahlungsverkehr innerhalb normaler Konten aufgehoben. Die Aufhebung der Beschränkungen gilt aber nicht für die Sparkonten bei den Banken. Regelung des Zahlungsverkehrs für die Banken am Montag, den 3., und Dienstag, den 4. August. Die Auszahlungen bei den Banken dürfen für diese beiden Tage 10 n. 5, des vorhandenen Guthabens, höchstens aber 300 Mark von jeder laufenden Rechnung ausmachen. Von einem Reiterbrief dürfen bis zu 300 Mark ausgezahlt werden. Das bedeutet, weil diese Summe zwei Tage gilt, eine Verdoppelung des Betrages, der bisher ausbezahlt werden durfte; denn bisher konnten für diese Tage 300 Mark abgehoben werden. Überweisungen sind vom 3. August ab innerhalb des Zahlungsbereiches des Überweisungsbereiches in jeder Höhe zulässig. Vom 4. August ab sind Überweisungen auch außerhalb dieses Bereiches zulässig. Die Beträge dürfen aber nicht auf Postkonto oder Reichsbankguthaben überwiesen werden. Zur Einzahlung eigener Akzeptenverbindlichkeiten werden für den 3. und 4. August, wie bisher, höchstens 800 Reichsmark für den Tag freigegeben. Die Protestfrist für die vom 2. bis 6. August fälligen Wechsel ist verlängert.

### 2. Sparkonten, Genossenschaften und Sparkonten bei den Banken.

Für diese Gruppe von Konten ist eine neue vorläufige Regelung für die Zeit vom 3. bis 8. August vorgesehen. Barauszahlungen ohne besondere Zweckbestimmung sind bis zu 10 n. 5, des Guthabens, aber nur bis zum Höchstbetrage von 50 Mark, zulässig. Überweisungen nicht freigegebener Beträge sind nur von einem Sparkonto auf ein anderes zulässig, das dann denselben Beschränkungen unterliegt wie das Guthaben des Auftraggebers. Barauszahlungen aus Lebensversicherungen für Gehälter, Löhne, soziale Abgaben und Steuern sind auch bei den Sparkonten, Genossenschaften und von den Sparkonten bei den Banken unbeschränkt zulässig.

\* Verlängerung der Fristen für die Vermögenssteuererklärung. Wie das Reichsfinanzministerium mitteilt, werden die Fristen für die Abgabe der Vermögenssteuererklärung für die Angelegenheiten, die am 31. August 1931 verlängert. Zu den Vorschriften über die Anträge von Befreiungen und über die Steuerermäßigung werden demnach eingehende Durchführungsbestimmungen erlassen werden.

\* Vorauszahlung auf die Aufbringungsumlage 1931. Am 15. August 1931 wird die erste Rate der Aufbringungsumlage für das Rechnungsjahr 1931 fällig. Da bis dahin die Einheitswerte nach dem Stande vom 1. Januar 1931 noch nicht festgestellt sind, ist bis zum 15. August 1931 eine Vorauszahlung in Höhe des Betrages zu entrichten, den der Aufbringungspflichtige am 15. Februar 1931 als 2. Teilbetrag der Aufbringungsumlage für das Rechnungsjahr 1930 zu leisten hatte. Den Aufbringungspflichtigen wird ein entsprechender Bescheid in den ersten Tagen des August zugehen. Eine diesbezügliche Verordnung wird in den nächsten Tagen im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden.



## Spättinghof.

Roman v. E. v. d. Eider.

18. Fortsetzung (Nachdruck verboten.)  
„Ja, ja.“ Anndorjen drehte und wandte sich, sie nahm ihren Schillingstüchel in die Hand und sah sich in der Stube um. Sie konnte aber nirgends ein Stäubchen entdecken: es war alles blank und sauber. „Was macht denn Jan?“ fragte sie.  
„Jan? Der ist gut zumogen.“  
„Er war ein guter Junge.“  
„Ja, ja.“ Jan war aufgefunden, er zwang Tine, seinem Bild standhaft zu sein: sein Bild sah sich an ihren Augen fest. „Kannst du zum ersten März kommen?“ fragte er, als er nicht vor ihr stand. Er fragte laut und herzlich.  
„Ja“, sagte Tine leise; sie war wie hypnotisiert.  
„Schön. Hier hast du das Gottesgeld (Meistaler); nun gib mir dein Dienstbuch.“  
Als ob sie einem inneren Zwang gehorche, ging Tine mechanisch zu der Kommode und holte das Dienstbuch.  
Anndorjen war total verblüfft. Wie war das so schnell gekommen? Sie hatte gar nicht so schnell sich bestimmen können.  
„Ja, ich weiß nicht“, redete sie, „man muß die Sache doch erst beschneiden und beschließen. So etwas schiebt man doch nicht in den Backofen. Wenn Tine es nun nicht recht macht, oder sie wird traurig oder ihr passiert was? — Es passiert doch so scheinlich in der Welt.“  
„Das redst keine große, breitschulterige Gestalt.“  
„Dafür bin ich da!“ Wie er so da stand, als könnte ihn niemand etwas anhaben, als wäre er zum Schutz und Schirm berufen. Also, Tine, am ersten März hat einer von uns dich mit deiner Lade ab; entweder Jan, oder ich, Heißig, Tine.“  
Er presste ihre Hand. Noch einmal tauchte sein Bild in den Augen; dann ging er.  
„Wie kommt es nun bloß so schnell zu dem?“ schalt Anndorjen ihre Tochter. „Ich begreife dich nicht. Ich habe immer gesagt, du bist eine schmarotzerische Deern. Wie kommt es nun bloß das Dienstbuch geben!“  
„Ich mußte ja“, sagte Tine leise, und für sich fügte sie hinzu: „Er hat mich begehrt.“  
„Ja, muß ich 'ne harte Pust!“ seufzte Anndorjen. Ihre und ihrer Tochter Gedanken gingen weit auseinander.

Eine hatte ihren Dienst angetreten. Still und schon verrichtet sie ihre Arbeit.  
Ramsfeld hatte sie bei ihrem Kommen mit mißtrauischen Blicken gemustert.  
„So eine hättest du auch nicht meien sollen“, äußerte sie später in ihren großen Besse zu Jan. „So ein mit solchen plumpen, schwarzen Augen!“  
„Ich lasche dich auf.“ „Auf die Augen kommt es doch nicht an!“  
Tine ging unverbrossen ihrer Arbeit nach. Es gab viel zu tun auf dem großen Hof. Wie die Eheleute hatte wohl die Milchwirtschaft in guter Ordnung gehalten. Büden und Gedaubwischen dagegen war ihre schwache Seite gewesen. So fand Tine ein reiches Arbeitsfeld, und die Langeweile kam bei ihr nicht auf.  
Mit Jan stand sie gleich nach ihrem Eintritt auf freundschaftlichem Fuß. In seine Person knüpfte sich die freundschaftlichen Erinnerungen ihrer Kindheit. Sie lasche glücklich zu seiner treuerenigen Art Vertrauen, und er besetzte ihr ein brüderliches Wohlwollen.  
Die Freude, welche sie anfangs Ramsfeld gegenüber hegte, schwand allmählich. Die Alte verließ seinen Platz hinter dem Ofen, mo sie mit der Feuerzettel unter den Füßen sah und rauhe, unregelmäßige Wolle span und bespinnete, aus der sie unheimliche schwarze Strümpfe strickte. Sollen trotz sie einmal, bis über die Ohren verummelt, im Haus herum und steckte ihren Kopf in die Küchenür.  
Aus den verblüfften, schellenen Reden der Alten machte sich Tine nicht viel, verglichen war sie von ihrer Mutter her gewohnt. Nur das Unheimliche, Finstere in Ramsfelds Wesen war es, was das Mädchen oft erschreckte.  
Wollte Tine freiesden oder aber in ihrer alten Besse auf sie losfahren, dann nahmen Jan und Jan sie in Schutz.  
„Aber Tante!“ mahnte Jan.  
„Heißig Maul!“ rief Jan.  
Dann zog sich die Alte trürend in ihre Ecke zurück. „Begen dreie kann ein einzelner Mensch nicht aufkommen.“  
Am schneuesten war Tine Jan gegenüber. Er merkte es wohl, wie sie ihm aus dem Wege ging, wie sie ihn fürchteten verstoßen beobachtete, und es ärgerte ihn.  
„Ich besse dich nicht“, sagte er einmal barock, als sie bei seinem Eintritt in die Küche unwillkürlich zusammenbrach.  
Tine lasche gezwungen und nahm sich seitdem etwas mehr zu machen.  
Im Dorf redte mancher den Hals nach der schmutzen Deern, wenn sie in der hier gebräuchlichen Dienstbotenzeit, dem gestreuten Rod

und der lurgärigen schwarzen Samtkappe durch die Straße schritt. Sie aber blieb allen gegenüber schön und zurückhaltend.  
Jan war neuerlich darauf, was Fraute zu dem neuen Dienstbuch sagen würde.  
„Fraute, was eines Nachmittags sebst, um die Butter zu holen. Auf der Diele trat sie Tine, und sie war betroffen über die leuchtende Schönheit des Mädchens.“  
Jan hätte gar zu gern gemut, was Tine von seiner angebeteten Fraute halte. Als das junge Mädchen gegangen war, sagte er zu Tine gemandt: „Das war dem Kantor ihre Tochter, magst du sie leiden?“  
„Ja, sie ist ein feines Fräulein; ja, die ist fein!“ Und Tine seufzte leise und unbewußt. Sie hätte, daß des Kantors Tochter etwas besä, was ihr sehte, sie wußte ihm nur nicht den rechten Namen zu geben.  
Jan oder dachte bei sich: „Meine Fraute hat auch ein feines, gutes Herz und ein feines, kluges Köpfchen.“  
„Was sagst du zu unserer neuen Deern?“ fragte er Fraute, als er das nächste Mal zu Kantors kam.  
„Sie ist hübsch“, sagte Fraute. „Rein, sie ist schön, verbesserte sie sich.“  
„So?“ meinte Jan. Ihm war Tines Schönheit nie ausgefallen. Er meinte nur, sie sähe noch immer so aus wie früher.  
„Ja“, fuhr Fraute fimmert fort, „und ich glaube, sie ist auch gut und klug.“  
„Ja, gut von Natur ist sie“, bestätigte Jan. „Sie kann keinem Vogel etwas zuleide tun! aber klug? Rein, klug ist sie nicht. Sie ist mir wenig in die Schule gegangen. Den Sommer über wurde sie immer als Sommerdeern verachtet, und im Winter war manchmal nicht durch den Schnee hindurchkommen. Ja, wenn sie solche Schule gehabt hätte, wie ich!“ fügte er mit freudigem Stolz hinzu.  
Von Tines Tine die Abfchied genommen, als sie nach ihrem Antritt einmal Sonntags zu ihrer Mutter gegangen war. Er war sehr in Dithmarschen, und Tine erhielt selten Nachrichten von ihm.  
„Gutens wollen wir die Welt, die schon Welt genug hat, nicht reich machen“, hatte Tine erklärt, „und meistens fällt einem Mann mal ein mal mich was zu bestellen, dann sage es nur De Schone, die bestellt es Dees Pulverman, und der gibt es dem Dithmarscher Fußman mit. So geht es meistens sicher und toffet weiter nichts als „Dante schön.“

(Fortsetzung folgt)

## 12. Bezirks-Turn- und Sportfest.

Einen Triumph des Arbeiterports feierten die gesamten Veranstaltungen anlässlich des 12. Bezirks-Turn- und Sportfestes der Arbeiterportler dar. Am Abend nachmittags bereits füllten sich die Straßen der Stadt mit Festgästen, die mit der Bahn, dem Rade oder dem Kraftwagen gekommen waren. Bernigerode stand unter dem roten Banner der Arbeitererschaft. Die Quartierloge war in munterster Weise geregelt. Die Freizeitarbeiter waren so zahlreich, daß alle Turngeräten und Gassen — meist über 600 — mit Beiläufigkeit untergebracht werden konnten.

Bereits am Sonnabend vor 19 Uhr hatten sich schon ungezählte Menschenmengen im Festsaal eingedrängt, um den Vorführungen zu folgen. Die Arbeiterorganisationen hatten sich mit ihren Fahnen eingedrängt und vereinten sie mit denen der Sportler. Der Spielmannszug der Sportler sorgte für die Marschmusik und die Sportlerinnen für den nötigen Gesang.

Das Ostermerse-Feuerwerk-Orchester hatte bis zum Einsetzen des Festes die ungezählten Hunderte von Festgästen im Festsaal aufs beste unterhalten. Es war ein großartiger Anblick, wie der Einmarsch sich vollzog. Man sah hier schon höher bei der symbolischen Darstellung des Zusammenhalts der Gesamtarbeitererschaft. Die Festspiele waren statt mit bürgerlichem Publikum besetzt. Bei der Aufführung im letzten Jahre schon wollten die bürgerlichen Zureimer eine ähnliche Veranstaltung ebenfalls zu Wege bringen. Aber nichts ist geschehen, und wird allem Anschein aus nicht geschehen.

Die Mitglieder der „Freien Sportvereinigung 1895“ zeigten nun ein ausgezeichnetes Programm. Der Beifall steigerte sich von Darbietung zu Darbietung. Als in hochinteressanter Nacht die Fackel schwangen, glänzten die Augen der Zuschauer auf, in der Zuversicht, daß alle Arbeiter zusammenkommen werden trotz Not und Ungewissheit. Das betragentlich zum Schluß auch die beiden Bewegungskörbe, die „Roten Rebellen“ u. die „Internationale“, vor Eintritt in die Darbietungen des Abends hatte Gen. Müller im Namen des Arbeiter-Sportvereins die Ergebenheiten herzlich begrüßt. Vereinsdirektor Schulze übertrug namens des Magistrats die besten Wünsche für das Gelingen des 12. Bezirksfestes. Spät in der Nacht, als das Programm sich abgeändert hatte und fast keine der Teilnehmer, trotz der Kühle des Sommerabends, von der Stelle gewichen war, dankte Gen. Müller für den Besuch und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Abend dem Arbeiterport neue Anhänger gewonnen habe. Gen. Pöhlman als lediglicher Leiter gab noch einige geistliche Mitteilungen für den Sonntag.

Am Sonntag früh nach 6 Uhr versammelten sich die Turner bereits wieder im Gewerkschaftssaal, um ihre Wettkämpfe auszuführen. Um 13.30 Uhr traten über 700 Sportlerinnen und Sportler mit ihren Fahnen zum Festzug an, der pünktlich um 14 Uhr durch die Stadt nach dem Marktplatz auf sich in Bewegung setzte. Hier hieß Sportgenosse Stadtrat Bartels eine zündende Ansprache. Auf dem „Anger“ entwickelte sich dann ein außerordentlich interessanter Schaulpiel sportlicher Vorführungen. Am Abend vereinigten sich die Festgäste zu einem Abschiedsball im Gewerkschaftssaal. Aus der ganzen Veranstaltung ging der Zug der Gesinnungsbildung der Sportbewegung hervor.

— Gegen den Volksentscheid. Die Bernigeröder Arbeitererschaft nimmt am Donnerstagabend im Gewerkschaftssaal gegen den Volksentscheid Stellung. Die Feststellung, die der Kommunismus leistet, ist für darzulegen. Deshalb ergreift an alle Beteiligten der Ruf, für einen Massenbesuch dieser Versammlung, in der Landtagsabgeordneter Genosse Wittmann d. Magdeburg sprechen wird, zu folgen.

## Merkspruch für die, die Preußen lieben: Am 9. wird zu Haus geblieben! —

— Achtung, Gewerkschaftsgenossen! Jeder Gewerkschafter hat die Pflicht, die für Donnerstagabend angelegte öffentliche Versammlung gegen den Volksentscheid zu besuchen. Unter allen Umständen muß verhindert werden, daß die Reaktion gegen die Arbeitererschaft Triumphe feiern kann.

— Die Delegierten des Ortsausschusses der Gewerkschaften werden darauf aufmerksam gemacht, daß die nächste Sitzung am Dienstag, den 11. August, erst stattfindet.

— Zusammenfluß. Trotz des Verfallsjahres an Westerntouristen konnte am Sonntag, gegen 12 Uhr, das Kleinauto I M 88 228, das aus der Ringstraße kam, gegen das Motorrad I M 25 228, das die Westerntouristen entlang fuhr, zum Glück hatte der Motorradfahrer die Festesgenossen, am Kontrollposten sich abzuweisen, so daß ein größeres Unglück verhindert wurde. Nur die Scheibe der Motorlampe ging in Trümmer.

— Männer-Gesangverein „Liederbund“. Wegen der am Mittwochabend stattfindenden öffentlichen Versammlung gegen den Volksentscheid, findet die Übungsstunde am Dienstag statt.

Die verurteilte Glode. Das Märchenchauspiel „Die verurteilte Glode“ von Gerhart Hauptmann hat am Freitag, die hundertste Aufführung erlebt, die wirklich verdient, von jedem Freunde des Dichters in Augenblicke genommen zu werden. Was da an Neuen in jenseitiger Hinsicht von Jello Nisold geschaffen wurde, reicht weit über Leistungen einer Kleinstadt hinaus, wie sie Bernigerode hat, hinaus. Neben dem „Glodengieser“ (Hermann Segler, der auch für die Spielleitung zeichnete), war der „Riefmann“, (Hermann Ludwig) eine ausgezeichnete Leistung. Des Glodengiesers Weib, Elisabeth Woelker, zeigte volle Weiblichkeit. Albert Nauk, als Parrer, war von eigener Größlichkeit, die hundertfach übertrifft. In Fritz Müllers Darstellung des feierlichen Waldgeistes, spielte man die Auswirkung der neuerdings Spielweise, wie sie Walter Segler für richtig hielt. Das Furchtbaumschlagen und Erklammern der Bäume wurde von Müllinger mit solcher Sicherheit und lebensprägender Durchsichtskraft entfaltet, daß man schließlich beinahe selbst das Juden in die Knochen bekam. Das Naturspielchen von Jello Nisold Weiblich war ebenfalls vorzüglich. Viel Verständnis lag in der Wiedergabe der „alten Weibchen“, die Sonne Jilgese darstellte. Auch die kleineren Rollen waren gut besetzt, lobend der überliche Blumenbamb am Schluß der Vorstellung und der feste Beifall berechtigt waren.

Einheitsfront. Die Kommunisten können nicht oft genug von der Einheitsfront der Arbeiter reden. Wie sie sich die Einheitsfront denken, zeigt ihre Beteiligung am Volksentscheid. Wie wenig die Mitglieder der R.P.D. aber gewillt sind, dieser Marktwort parole zu folgen, zeigen die am Sonnabend auf dem Marktplatz anfängliche kommunistische Demonstration, sich entwickelnde Schlägerei mit den Nazis! Wäre die Polizei nicht so schnell zur Stelle gewesen, dann hätte das eine wunderbare Verbrüderung mit dem Witz: „Lied mit Du nicht mein Bruder sein, dann ist das ich Dir die Schale ein“, gegeben. So wurde aber die Schlägerei fort in keine erfüllt.

## Ein Segelflugzeug für 170 Mark.



Der Berliner Segelflieger Hans Richter

mit seinem neuen Gleitflugzeug, dessen Herstellungspreis sich auf 170 Mark beläuft. Das Gewicht des Gleitflugzeugs beträgt 25 Pfund. Seine Spannweite etwa 5 Meter.

— Wieder Marktauführungen. Wenn auch die regelmäßige Folge unserer Marktspiele aus den bekannten Gründen (allgemeine Wirtschaftslage und schlechtes Wetter) aufgegeben werden mußte, so sind doch günstige Witterung einsetzt, doch noch einige Marktauführungen stattfinden. Es sind zunächst zwei Abende vorgesehen: Mittwoch und Donnerstag dieser Woche, wobei gleich bemerkt sei, daß dann bis zur Monatsmitte kein weiteres Marktspiel stattfinden kann. — Am Mittwoch geht zum letzten Male „Der Diener zweier Herren“ in Szene mit Karl Schießel in der Titelrolle. Der Donnerstag, der 6. August, bringt zur Erinnerung an die fünfjährige Wiederkehr des ersten Marktspieles eine Reinszenierung von Shakespeares übermütigen Lustspiel „Was ihr wollt“. — Der Vorverkauf für beide Vorstellungen ist bei Th. Reim, am Markt, ebenso für die Waldbühne.

— Fremdenverkehr. In der Woche vom 22. bis 28. Juli ist der Zustrom an Fremden nach der amtlichen Kurliste um weitere 1172 Kurgäste gestiegen. Darunter befinden sich auch 118 Personen, die Aufnahme in Erholungsheimen gefunden hatten. Insgesamt ist seit dem 1. Mai die Zahl auf 11 373 Kurgäste angewachsen. — Grundgebühren für Gleichstromzähler. Vom 1. August ab sind auch für Wächterende die Grundgebühren für Gleichstromzähler von 80 Pfennig auf 1 Mark, genau so wie in der Stadt, erhöht worden, was eine heilige Bekanntmachung der städtischen Werke im Anzeigenblatt mitteilt.

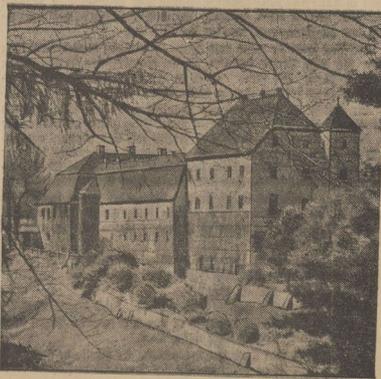
— Dienstag 20.15 Uhr Waldbühne. Da sich jetzt anhaltend gutes Wetter eingestellt hat, soll die ursprünglich für den Dienstag vorgesehene Wiederholung des Lustspiels „Günther im Waldesgrün“ bis auf weiteres verschoben werden. Dafür erfolgt auf der Waldbühne die Wiederholung des mit Beifall aufgenommenen Lustspiels „Die ärztlichen Verwandten“. — Wie erneut festgesetzt werden konnte, besuchen die Sommergäste sehr gern die Waldbühne, wenn sie für die Eigenart derselben hingewiesen werden. So besuchte eine kleinere dänische Reisegesellschaft (sodann die Vorstellung von „Mit-Hedeborg“) mit auch die der „Verurteilten Glode“, und am Sonntag richteten sie ihren Besuch nach dem Hartenberg, um auch noch die „Mitsungen“ kennen zu lernen.

## Aus Halberstadt.

### Viktiputner geben ein Gastspiel.

Am Sonntag hielt die Viktiputner-Gesellschaft Schauer im „Glyfium“ ihren Einzug. Sie kamen in eigenen Wohnwagen und mit eigener großer Ausstattung. Am Nachmittag gelangte vor ausverkauftem Hause „Schneewittchen und die sieben Zwergel“ zur Aufführung. Die Zwergel wurden diesmal von acht eigenen Jüngern gespielt. Praktisch gelang es den Darstellern, das große und kleine Publikum für die Wiedergabe des bekannten Märchens zu begeistern. Nach dem Abschluß gab es viel Beifall. Die Kinder tanzten an dieser Aufführung eine große Freude, vor allem, weil Tänze, Gnommen- und Zwergentänze gespielt eingeführt waren. Am Abend gab die kleinen Schaulspieler und Sänger eine

### Eine amerikanische Studienanstalt bei Dresden.



Das Schloß Siebenstein bei Dresden

soll zu einer College für amerikanische Studenten umgebaut werden, in dem die Studenten von hervorragenden deutschen und amerikanischen Lehrern Unterricht in Philosophie, Kunst- und Musikwissenschaften und Naturwissenschaften erhalten. Die Kurse sind auf zwei Jahre berechnet.

Reue mit vielerlei Darbietungen. Ein ausgezeichnetes Schauspiel erhellte durch seine originelle Unterhaltung mit seiner Gruppe Alfred die zahlreiche Zuschauerzahl, die dann durch eine lange Reihe von Darbietungen bis zum Mitternachts Stille bei den lustigen Situationsmar. Es wurden Epochenbilder, Märchenbilder und die berühmtere geboten, ferner niedliche Duette mit Tänzen. Schließlich setzte es auch nicht an Spasmachern und Komikern. Zum Schluß spielten die Viktiputner den Einakter „Die spanische Fliege“, in dem nach bekannter Manier Lebenmänner kurirt werden. Die kleinen Darsteller gaben sich große Mühe, erregten mit ihrem von Humor durchsetzten Spiel große Zustimmung und gaben somit dem Abend einen geliebten Abschluß. Mehr als drei Stunden unterhielten die Viktiputner ihr Publikum. Dabei erfolgte die Wiedergabe des Programms recht flott. Jedem Mitglied der Gruppe hatte ein feiner Befähigung entsprechenden Platz, und damit war der Erfolg des Abends garantiert.

Die Viktiputner-Gesellschaft bleibt noch bis Dienstag im „Glyfium“. Wer seinen Kindern eine Freude bereiten will, der sollte sie zu den Nachmittagsvorstellungen. Die Abendvorstellungen sind für die Großen referiert. Gewiß wird niemand von den Darbietungen der Viktiputner enttäuscht sein.

\* Arbeiter-Sportfest-Sitzung. Am Mittwoch, den 5. August, findet bei D. Sellmann die Kartell-Sitzung statt. Genosse Wilmann gibt einen Bericht von der Arbeiter-Olympia. Außerdem werden die Beschlüsse des Bericht der Abrechnung mit dem Theaterverein übermitteln. Vollgültiger Erscheinung wird erwartet. Der Vorstand trifft sich bereits am 19. Uhr.

\* Reifer Heringsfang aus deutschen Fängen. Der teure ausländische Heringsfang war bis vor kurzem auf dem deutschen Markt. Rummelst ist der deutsche Heringsfang, der preiswert und ein vorzügliches Qualität, wie selten. Täglich werden gewaltige Mengen Herings aus deutschen Fängen angebracht. Die diesjährigen Heringsfänge schätzte man bereits auf etwa 100 Millionen. Die deutschen Heringsfänger haben bereits alle Hände voll zu tun, um den reichen Heringsfang aus den Fängen (den geräucherten Heringsfängen) kommt bei der spärlichen Heringsfänge der Bevölkerung zu Verzichtung des Ernährungsbedarfs sehr zu stehen. Aber Brocken, der für deutsche Herings ausgehen wird, kommt der deutschen Wirtschaft wieder zugute und kann die Einfuhr von ausländischen Lebensmitteln vermindern.

\* Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie. Wie uns mitgeteilt wird, hat die General-Lotterie-Direktion in Berlin nach der Forderung der Klassen-Lotterie bekannt gemacht, daß die Gelder zur Auszahlung der Lotterie sicher gestellt sind. Sämtliche Gewinne der Klassen-Lotterie werden dementsprechend bar ausgezahlt.

\* Personenfahrten politischer Vereinigungen. Durch die Bestimmungen der Polizeiverordnung des Reichspräsidenten zur Bestimmung politischer Zusammenkünfte vom 28. März 1931 erzwungen der öffentlichen Sicherheit besondere Aufgaben. Sie haben im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung Anträge für Personenfahrten auf Festtagen, die von Mitgliedern politischer Vereinigungen oder auf politischen Zusammenkommen unternommen werden, eingehend zu prüfen. Diese Personenfahrten sind bei der Ortspolizeibehörde des Ausgangsortes anzumelden, wenn sich die Fahrt auf den Bereich der Ortspolizeibehörde des Ausgangsortes beschränkt. Werden mehrere Ortschaften berührt, die zu verschiedenen Ortspolizeibehörden, aber zu demselben Landkreise gehören, so hat die Anmeldung bei dem Landrat zu erfolgen; werden verschiedene Stadt-

## Der Kreuze lacht den „Stahlhelm“ aus, und bleibt beim Volksentscheid zu Haus!

oder Landkreise berührt, die zu demselben Regierungsbezirk gehören, so hat die Anmeldung beim Regierungspräsidenten zu erfolgen; werden mehrere Regierungsbezirke berührt, so ist die Fahrt bei jedem Regierungspräsidenten anzumelden, dessen Bezirk berührt wird. Da derartige Fahrten in der Regel von den größeren Städten aus unternommen werden, ist in der überwiegenden Zahl der Fälle der Regierungspräsident zuständig, bei sonstigen Städten oder Landkreise berührt werden, selbst wenn es sich um Fahrten von ganz geringem Ausmaß handelt. Zu den Anträgen sind daher in den meisten Fällen Rückfragen erforderlich. Deshalb sind die Anträge zu solchen Fahrten möglichst zeitig zu stellen. Bei nicht zeitiger Stellung des Antrages muss eine Veranlassung gegebenfalls verboten werden, weil die behördlichen Ermittlungen nicht mehr rechtzeitig durchgeführt werden können. Es liegt deshalb im Interesse der Antragsteller, daß die Anträge ohne Rücksicht auf die kurz bestehende Anmeldefrist für rechtzeitig gelten, daß die erforderlichen Rückfragen bei den nachgeordneten Polizeibehörden gehalten werden können.

\* Senkung der Kosten für ärztliche Behandlung von Rassenmitgliedern. Ähnlich wird mitgeteilt: Am 31. Juli verhandelte die Spitzenbehörde der Ärzte und Krantentafeln im Reichsarbeitsministerium über die Arzt Honorare. Man war sich darüber einig, daß im Hinblick auf die schwere wirtschaftliche Lage die Kosten für ärztliche Behandlung alsbald gesenkt werden müssen. Da eine Dauerlösung wegen der zahlreichen, hiermit zusammenhängenden Fragen noch eingehend beraten und vorbereitet werden muß, trafen die Verbände eine vorläufige Vereinbarung, die bis zur endgültigen Regelung gelten soll. Es ist vorgesehen, daß unter Zugrundelegung der bei Rassenärzten im Jahre 1930 pro Rassenmitglied gezahlten Honorare (einschließlich Sachleistungen u. Wegegebühren) ein Abschlag gemährt wird, der je nach der Höhe des auf den Kopf des Rassenmitgliedes entfallenden Betrages von 10 v. H. bis 20 v. H. gestuft ist. Die Regelung gilt vom 1. Juli 1931 ab bis auf weiteres. Es wurde vereinbart, daß während der Dauer dieses Abkommens die Anträge von Rassen auf Befreiung der Neuzugangsfindung nach § 370 der Reichsversicherungsordnung kein Gebrauch gemacht wird. Die Verhandlungen über eine endgültige Lösung sollen alsbald fortgesetzt werden.

### Spielplan der Halberstädter Lichtspieltheater.

Lichtspieltheater. Dienstag bis Donnerstag täglich 8.30, 8.40, 8.50 Uhr: „Zweierlei Moral“ (eine Ehe — zwei Abenteuer). Eine spannende Lustspielkomödie mit Olga Brink, Walter Müller, Ida Hoff, Arthur Höpfer. Dagegen: „Lustspiel“, „Wochenplan“, „Kulturfilm“.

Ammerlischspiel. Dienstag bis Mittwoch geschlossen. Donnerstags bis Sonntag: 1. Revue der Jugend, ein dramatisches Zeitbild von den Meinen und Kämpfen unserer Jugend. 2. Der Ritter von Legas, ein Sensationsfilm mit Ken Hayward. 3. Das gute Programm.





# Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

**Bezugspreis** halbmöndlich 1 Mark einschließlich Frangobrief, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich freitags und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, O. m. b. H. Beamtendorf, für Politik u. Wirtschaft L. B. Rindermann, für den lokalen Teil Wilhelm Rindermann, für Bekanntheit u. Inserate Karl Zreff, sämtl. in Halberstadt.

**Anzeigenpreis** die achtspaltige Solonzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restzeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313). Geschäftsstelle Magdeburg 4626 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 178

Montag, den 3. August 1931

6. Jahrgang

## Neue Hilfsaktion der Reichsregierung: Banken-Stützung.

Wo bleibt die staatliche Kontrolle der Banken?

### 300 Millionen für die Dresdener Bank.

Amlich wird mitgeteilt: Um jeden Zweifel zu beheben, daß die Dresdener Bank in der Lage ist, auch nach Wiederaufnahme des vollen Zahlungsvorganges ihre Funktionen zu erfüllen und ihren Einlegern die höchste bankmäßige Sicherheit zu bieten, beteiligt sich die Reichsregierung an der Dresdener Bank mit einem vollstehenden Kapital von 300 Millionen Mark. Das Reich übernimmt zu diesem Zweck 300 Millionen Mark Darlehensanleihe, die mit einer fiktionalen Vorzugsdividende von 7 vom Hundert ausgestattet sind. Da die Zustimmung des Reichstages zur Schaffung der Darlehensanleihe am Sonntag erfolgt ist, und die Mehrheit für die Durchführung der Beschlüsse durch die Generalversammlung gestiftet ist, stellt das Reich für den Bezug der Darlehensanleihe erforderlichen Mittel der Dresdener Bank schon jetzt zur Verfügung.

Die Vorstandsmitglieder der Dresdener Bank haben im Hinblick darauf, daß der weltweite größte Aktienfonds sich dem Reich befinden wird, dem neuen Großaktionär die Bezeichnung "Reich" erklärt, ihre Bemerkung zur Verfügung zu stellen. Das Reich hat sich keine Entscheidung hierzu vorbehalten.

Die 300 Millionen Mark, die das Reich der Dresdener Bank gegen Überlieferung von Darlehensanleihe zur Verfügung stellen wird, will die Reichsregierung durch Herausgabe von Reichsschatzgegenständen aufrufen. Abgesehen davon, daß hier mit kurzfristigen Geld auf lange Sicht gearbeitet wird, sind es wieder einmal gemaltene Summen öffentlicher Gelder, die aufgebracht werden, um ein privates Unternehmen zu retten. Die Kontursituation für den Monat Juli weist nicht weniger als 1013 Konture auf. Sicherlich sind unter den zusammengebrochenen Unternehmen auch solche, die man als Opfer der gegenwärtigen Krise anpreisen muß. Hunderte von Existenzen werden vernichtet. Das gilt für Unternehmer, Arbeiter und Angestellte gleich. In 1013 Fällen hat der Staat seinen Finger gerührt.

Man muß sich darüber klar sein, daß auch die Hilfe des Reiches eine Grenze hat. Die staatlichen Hilfsaktionen der letzten Jahre, die die finanziellen Kräfte des Reiches außerordentlich anstrengen und Schulden auf Schulden häufen, können selbstverständlich nicht ins Uferlose getrieben werden. Man wird sich bald zu überlegen haben, wie weit das Reich mit gutem Gewissen noch gehen kann. Gewiss, man kann für die Rettungssaktionen, wie z. B. bei der Dresdener Bank anführen, daß es Pflicht des Staates ist, das Wirtschaftsgeschehen vor Erschütterungen zu bewahren, wie sie der Zusammenbruch derartig weitverbreiteter Kreditinstitute auslösen. Wenn aber der Staat schon eingreifen muß, dann sollte es wenigstens ganz selbstverständlich sein, daß dabei nur volkswirtschaftliche Interessen ausgedacht sein können. Nur die Anwendung volkswirtschaftlicher Maßregeln rechtfertigt eine Verwendung öffentlicher Gelder und es ist selbstverständlich, daß die Gründe, die die Regierung in den letzten Tagen zum Einschreiten bewegen haben, der parlamentarischen Kontrolle unterworfen werden müssen. Nur durch die objektive Kontrolle des Parlaments kann Mißbrauch vermieden werden.

Aber damit nicht genug. Der Privatkapitalismus, der

jahrhundertlang gegen diesen Staat getobt hat und ihm Verhängnis vorwarf, während sich die Dinge in der privaten Wirtschaftsführung vor unabwehrbaren Katastrophen entwickelten, muß sich darüber klar sein, daß mit der Hilfsaktion des Reiches ganz bestimmte Verpflichtungen verbunden sind. In der Privatwirtschaft ist es in jedem Fall üblich, daß der Geldgeber über die Verwendung seines Geldes eine Kontrolle verlangt und auch erhält. Dieser gesunde Grundgedanke muß auch im Verhältnis zwischen Staat und Banken gelten. Der Staat muß ein ins Einzelne gehendes Kontrollrecht erhalten und der Staat muß den Willen haben, diese Kontrolle rücksichtslos und brutal auszuüben. Öffentliche Gelder erfordern die gleiche Obhut und Pflege wie Privatgelder. In Bankstreifen ist man darüber allerdings etwas anderer Ansicht. So hatten sich die Herren Großbankiers diese Hilfe des Reiches für die Danat- und die Dresdener Bank ursprünglich so vorgestellt, daß das Reich diesen Banken langfristige Darlehen genehmigen sollte. Die Sache wäre höchstens auch so gekommen und man hätte ein langfristiges Darlehen nach dem andern vernachlässigt, wenn nicht die von der Reichsregierung beauftragten und zur Zeit mit der Prüfung der deutschen Finanzlage beschäftigten ausländischen Sachverständigen entschieden von der Gewährung langfristiger Kredite an die inliquiden Banken abgeraten und für eine Einflußnahme des Reiches auf diese Banken plädiert hätten. Die Folge war, daß die Beteiligung des Reiches bei der Dresdener Bank durch die Schaffung von Vorzugsanleihen beschränkt worden ist.

Diese Maßnahme ist keineswegs als Überwälzung zu betrachten. Umformieren fordern wir, daß das Reich, das künftig drei Viertel des Kapitals der Dresdener Bank repräsentiert, während die Aktionäre nur noch ein Viertel vertreten, die ihm unter dem Zwang der Verhältnisse eingeräumte Position schonungslos ausnützt. Inzwischen haben Vorstand und Verwaltungsrat der Dresdener Bank der Reichsregierung ihre Kontur zur Verfügung gestellt. Aber noch haben sich Herr Bräuning und das Kabinett nicht entschließen können, diesen Kredit zu bewilligen. Als die Danatbank seinerzeit illiquid wurde und das Reich eintrug, haben auch Herr Goldschmidt und seine Aktionäre ihre Kontur zur Verfügung gestellt. Aber Goldschmidt und sein Stabschef sitzen immer noch da, wo sie bisher gesessen haben. Man ist immer noch mit der Illusion behaftet, daß auf die „alte Zeitung“ nicht verzichtet werden kann. Aber man kann schon verzichten, wenn man will und deshalb fordern wird, daß in Unternehmen wie die Dresdener Bank, die heute dem Reich gehören, ausschließlich Männer des Reiches gesetzt werden und die Verantwortung für Reichsgelder nicht länger falschen Leuten überlassen wird, die schließlich nur von der Sorge getrieben sind, aus der Tasche möglichst viel zu retten. Der Dumme dabei kann nur das Reich, können nur die Steuergesahler sein.

Als die Reichsfinanzminister der Republik in den letzten Jahren des öfteren gezwungen waren, an die Banken heranzutreten und sie um Kredite zu erlöhen, hat man das Reich alles andere als mitgeteilt, daß die Reichsfinanzminister die Situation in den Banken nicht einmal gegeben haben. Die Situation ist den Aktionären zu schätzen und die Verantwortlichen für die Bankübernahme überlassen.

Verhandlungen bezogen sich auf den Stillhaltevertrag zwischen den drei französischen und einer deutschen Bank für den den deutschen Bankiers wird am Donnerstag einmütig genehmigt. Die Situation ist in Basel befindet, aber eine eingehende Untersuchung haben wird.

### Inhalt.

Rechtsparteien in Anfechtung. Statt 72.000 erderten Reichstagswahlen dem Volksbegehren ihre Gefolgschaft verlag. Die Niederlage ist um so bemerkenswerter, als das Reich nichts unversucht gelassen hat, um die verhasste sozialdemokratisch-demokratische Regierung zu beseitigen.

## Amerika und Europa.

(Von unserem Washingtoner Korrespondenten.)

Washington, Ende Juli. (Gg. Ber.) Nicht nur Europa, auch Amerika beginnt seinen Präsidenten in einem neuen Schicksal zu sehen. Die außenpolitische Richtung, die Hoover mit seinem Moratorium eingeschlagen hatte, ist unter dem Zwang der Verhältnisse beibehalten worden und da angelangt, wohin sie nach logischen und natürlichen Gesetzen führen mußte, nämlich bei dem Ende der amerikanischen Isolationspolitik. Weder die Warnungsfähigkeit der heimischen Politiker, die bescheiden Methoden der Entsendung von offizieller Konferenzdelegationen hinweg hat sich der Präsident für offenen Bruch mit Amerika an dem Problem Europa betanzt und diesen neuen Schritt durch die Delegation seiner führenden Kabinettsmitglieder zu den europäischen Konferenzen Ausbruch gegeben. Niemand seit dem Tode von Versailles hat Amerika eine solche brutale Abkehr von einer sechsjährigen Politik gesehen.

Es fehlt am Ende dieses Jahres nicht an Warnungsfähigkeit, die sagen, daß der Präsident kein kluges Vorgehen beim Zögern haben wird. Voraussagen werden auch, die ihm scharfe Rückmeldung bei den im nächsten Jahr stattfindenden Präsidentschaftswahlen antun. Der nicht unerwartete Vorwurf wird erhoben, warum in einer Zeit, in der sich die Bundesregierung so energisch für das Wohl und Wehe überseeischer Länder einsetzt, gar nichts im eigenen Lande getan wird. Millionen von Arbeitslosen und Kurzarbeitern stehen im Hintergrund und fragen sich erbittert, was Vermählung und Bundeskongress zur Befähigung der eigenen Wirtschaftserhaltung und zur Abstellung der steigenden Not zu tun werden. Welcher Art unter diesen Umständen das Resultat der Präsidentschaftswahlen sein wird, zumal wenn die Dinge im kommenden Herbst und Winter schlechter werden, ist nicht abzusehen.

Wie dem auch sei, das sind Dinge, mit denen sich Washington innerpolitisch auseinandersetzen muß. Außenpolitisch hat die letztwillige Isolierung Amerikas von der übrigen Welt mit einem letzten Schach gezogen, moran auch alle offiziellen Vorbehalte und Begrenzungen nichts zu ändern vermögen. Man mag mit kaltem Sinn einwenden, daß das Interesse Amerikas auf friedlich wirtschaftliche Fragen beschränkt bleibt und politische Bindungen auf keinen Fall eingegangen werden dürfen. Aber das sind schließlich künstliche Schranken, an die hierzulande niemand mehr recht glaubt. Reparations- und interalliierte Schuldenprobleme sind in erster Linie Wirtschaftssachen, aber diese Fragen sind derart mit politischen Komplexen verflochten, daß wohl kein Mensch fragen kann, wo die einen anfangen und die anderen aufhören.

Was sollen die Amerikaner bei den späteren Konferenzen tun, wenn neben wirtschaftlichen auch politisch-europäische Probleme erörtert werden? Esch Worte in die Ohren flößen oder aus dem Konferenzsaal gehen, wenn Dinge aufgenommen, die nicht in Dollar, Pfund, Francs oder in Handelsstatistiken ausgedrückt werden können? Schon diese groteske Gegenüberstellung zeigt, wie unglücklich und ohne Zusammenhang mit der Wirklichkeit auch die letzte offizielle Position Amerikas ist. Aber neben diesen Schönheitsflecken kommt es Amerika vornehmlich darauf an, daß das Hoover-Moratoriumsjahr die Resultate schafft, für die es ursprünglich in Anspruch genommen wurde. In nachdrücklichen Worten ausgedrückt, heißt das die Entspannung der von Konferenzanwesenden gefürchteten Welt und die Befähigung herüber zu treten, die der Wiederholung der Weltwirtschaft im Wege stehen.

Wenn zukünftige Generationen auf das erste Jahrzehnt nach dem Beitritte zurückblicken werden, wird die amerikanische Haltung, Reparations- und interalliierte Schuldenprobleme ja nicht in einem Atemzuge zu erwähnen, einer Hauptanlaß zu beneidlichem Kopfschütteln geben. Wohl nirgends wird der amerikanische Bemühen und Fortschritt so deutlich sichtbar als in dem Verzeile der offiziellen Anteilnahme mit den offiziellen Verabredungen vor wenigen Wochen. Sprach man zu Amerikanern von der Schwierigkeit der Welt, so konnte man bis vor kurzem die dreifache Antwort hören: Laßt Europa in seinem eigenen Saft erstickern. Und das war noch lange nach der sogenannten goldenen Prosperitätszeit, als Amerika glaubte, es könne auf soeben Pferde sitzen und die übrige Welt der eigenen Mißere überlassen.

Jetzt, nachdem die selbstverursachte Wunde aufgegangen ist, daß ein im Umfange stehendes Europa eine Katastrophe für Amerika ist, ist es schwer zu verstehen, warum Hoover gebietet das Verdienst, diese Befürchtungen entgegen zu setzen und sie unbedeutend, ohne Parteipolitik in die Praxis umzusetzen zu lassen. Er hat den Welt geholt, kaum ein Jahr vor dem Präsidentenwahlen, die seit der historischen Niederlage Wilsons maßgebende Richtung der amerikanischen Außenpolitik grundlegend zu ändern. Dabei kann es gleichgültig sein, wie weit dabei der Druck der verängstigten amerikanischen Hochfinanz und wirtschaftliche Ermüdigungen mitgespielt haben. Noch ist es schwer zu sagen, ob der neue außenpolitische Kurs von Erfolg gekrönt sein wird oder ob er nicht hoovers innerpolitischer Ruhm werden mag. Aber schließlich haben nach zwei Jahren schwerer Wirtschaftskrisen die innerpolitischen Ätzen des Präsidenten nicht so, daß er noch viel zu verlieren hat.

Bleibt das überraschende Moment ist, daß Amerika sich ohne weiteres mit dieser grundlegenden Veränderung abgefunden hat. Dabei spielen eine Anzahl Gründe mit, von denen die zweifelhafte Wirtschaftsdpression wohl der gewichtigste ist. Jedemfalls hat sich die amerikanische Öffentlichkeit mit letzterem Einmütigkeit hinter den außenpolitisch aufgehangenen Präsidenten gestellt und ist, wenn nicht alle Zeichen trügen, gewillt, ihm auch weiterhin auf dem neuen Wege zu folgen.

Wohin führt dieser Weg? Amerikas amtliche Welt sagt, daß in

## Die Stillhalteverhandlungen.

Regelung der Devisenwirtschaft.

Berlin, 2. August. (Gg. Ber.) Amlich wird mitgeteilt: In den Stillhalteverhandlungen über kurzfristige Auslandsverpflichtung, die zur Zeit zwischen ausländischen Gläubigern und deutschen Schuldneren im Gange ist, der bestimmte Wunsch zutage getreten, daß keinesfalls die außerhalb der Verhandlungsgruppen stehenden ausländischen Gläubiger besser gestellt sein dürfen als die Gruppen, die grundständig bereit sind, sich freiwilligen Beschränkungen zu unterwerfen. Diese Ermäßigungen und die Notwendigkeit, eine sparsame Devisenwirtschaft in Deutschland durchzuführen, haben angeleitet der bevorstehenden Gründung der Banken dazu geführt, daß das Reich eine allgemeine Devisen-Regelung getroffen hat. Innerhalb der Verhandlung sind nicht nur die selbstständigen Stillhalte-Abkommen gesichert, sondern es ist selbstverständlich die Bezahlung der Zinsen und Tilgungsschulden zum Fälligkeitsstage keinen Beschränkungen unterworfen.

## Deutsche und französische Bankiers verhandeln.

Paris, 1. August. (Gg. Draht.) In den letzten Tagen haben in Paris wiederholt Besprechungen zwischen französischen und



ihre Gefolgschaft verlag. Die Niederlage ist um so bemerkenswerter, als das Reich nichts unversucht gelassen hat, um die verhasste sozialdemokratisch-demokratische Regierung zu beseitigen.